

Die Menschenrechtsslage  
in den nordkaukasischen  
Republiken **Dagestan,**  
**Tschetschenien**  
und **Inguschetien**

---

**Menschenrechtsreport Nr. 68 der  
Gesellschaft für bedrohte Völker**

---

November 2012

**V**  
gesellschaft  
für **bedrohte**  
**völker**



# Impressum

---

## Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Geiststraße 7  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel: ++49 551 49906-0  
Fax: ++49 551 58028  
Email: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)  
Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

SPENDENKONTO: 1909  
BLZ 260 500 01  
Sparkasse Göttingen  
(IBAN) DE 87 2605 0001 0000 0019 09  
(BIC) NOLADE 21 GOE



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Manarsha Isaeva, Sergej Prokopkin, Sarah Reinke  
Redaktion: Inse Geismar, Sandy Naake  
Layout: Hanno Schedler

Preis: 5 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im November 2012



## Inhaltsverzeichnis:

# Die Menschenrechtssituation in den nordkaukasischen Republiken Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien

<b>1. Zusammenfassung und Forderungen</b>	<b>3</b>
<b>2. Putins Maßnahmen zur Gängelung von Zivilgesellschaft, Opposition und Menschenrechtsorganisationen</b>	<b>4</b>
2.1 Einschränkung der Versammlungsfreiheit.....	4
2.2 Internetzensur.....	4
2.3 Gesetz über ausländische Agenten.....	6
2.4 Verschärfung des Hochverratsgesetzes.....	7
<b>3. Der Nordkaukasus</b>	<b>7</b>
3.1 Menschenrechtssituation im Nordkaukasus.....	7
3.2 Traditionelle Klanstrukturen wiedererstarkt.....	9
3.3 Menschenrechtsarbeit im Nordkaukasus.....	10
<b>4. Dagestan</b>	<b>11</b>
4.1 Einleitung.....	11
4.2 Bewaffneter Untergrund.....	12
4.3 Entführungen, Verschwindenlassen und extralegale Hinrichtungen.....	15
4.4 Folter.....	16
4.5 Handel mit Leichen.....	17
4.6 Schutzgelderpressung.....	18
4.7 Anschläge gegen Geistliche.....	18
4.8 Razzien in Dörfern.....	19
4.9 Journalisten in Gefahr.....	19
4.10 Militarisierte Gruppen bilden sich.....	19
<b>5. Tschetschenien</b>	<b>20</b>
5.1 Einleitung.....	20
5.2 Sippenhaft.....	21
5.3 Korruption.....	22
5.4 Gewalt gegen Frauen.....	23
5.5 Arbeit von NGOs.....	26
<b>6. Inguschetien</b>	<b>27</b>
6.1 Einleitung.....	27
6.2 Antiterror-Operationen.....	28
6.3 Entführungen.....	29
6.4 Anschläge und Attentate.....	30
6.5 Extralegale Hinrichtungen.....	30
<b>7. Quellen</b>	<b>31</b>
<b>8. Anhang: Interview mit Oleg Orlov von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial</b>	<b>32</b>



## 1. Zusammenfassung und Forderungen

Der vorliegende Report beschreibt die Menschenrechtssituation in den nordkaukasischen Republiken Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien im Zeitraum 2010 bis September 2012. Als Quellen wurden neben Berichten internationaler und russischer bzw. kaukasischer Menschenrechtsorganisationen auch Blogbeiträge, Presstexte und die Auswertung persönlicher Gespräche mit Repräsentanten aus den Republiken herangezogen.

Die kritische Berichterstattung zur politischen Entwicklung in Russland klammert nur allzu oft die Lage im Nordkaukasus aus. Das ist umso bedauerlicher als sich die Probleme, wie sie für Russland insgesamt charakteristisch sind, dort wie in einem Brennglas beobachten lassen. Sie sind hier nochmals deutlich schwerwiegender als in Zentralrussland. In der Berichterstattung, aber besonders bei bilateralen politischen Kontakten zwischen Deutschland und Russland müssen sie Thema sein, wie bei den im November 2012 bevorstehenden deutsch-russischen Regierungskonsultationen sowie im Rahmen des Petersburger Dialogs der deutschen und russischen Zivilgesellschaften.

Dabei ist die Menschenrechtslage äußerst bedrückend. Verschwindenlassen von Zivilisten, systematische Folter in Untersuchungshaft und in Gefängnissen, Morde und Verfolgung von allen, die in den Verdacht geraten, den bewaffneten illegalen Untergrund zu unterstützen, sind an der Tagesordnung. Dieser Untergrund verübt Anschläge und radikalisiert sich zunehmend. Die Opferzahl ist in Dagestan am höchsten. Menschenrechtsverletzungen und besonders massive Gewalt gegen Frauen sowie Sippenhaft sind jedoch in Tschetschenien am weitesten verbreitet. Es besteht dringender Handlungsbedarf, da die Regimes im Nordkaukasus von Russland gestützt werden und am Rande eines Bürgerkriegs stehen, der besonders für die Zivilbevölkerung verheerende Folgen hätte.

Menschenrechtsorganisationen, Journalisten und Demokraten finden trotz der großen Gefahren, denen sie sich aussetzen, immer wieder Wege, um über die Situation vor Ort im Nordkaukasus zu informieren. Eine Blogosphäre hat sich gerade auch in Dagestan und Inguschetien ausgebildet. Die konkrete Menschenrechtsarbeit läuft – häufig unter anderem Namen und auf kleiner Flamme – weiter. Das ist das einzige Gegengewicht gegen die korrupten, autoritären und im Falle Tschetscheniens äußerst brutalen Regimes in diesen Republiken des Nordkaukasus, die von der russischen Regierung gestützt werden.

Internationale Organisationen sucht man hier zumeist vergeblich. Sie sind als Geldgeber für Projekte nur indirekt vor Ort. In politischen Gesprächen mit Angehörigen der russischen Regierung wird dieses Gebiet ausgespart. Dies wird aller Voraussicht nach auch beim Petersburger Dialog und den deutsch-russischen Regierungskonsultationen Mitte November

2012 in Moskau der Fall sein. Daher stellt die Gesellschaft für bedrohte Völker folgende Forderungen an die deutsche Bundesregierung:

- I. Bitte nehmen Sie jede Möglichkeit wahr, um sich über die Menschenrechtssituation in der Russischen Föderation und insbesondere im Nordkaukasus zu informieren.
- II. Sprechen Sie mutig und ohne Rücksicht auf Verärgerung von Seiten der russischen Gesprächspartner schwerste Menschenrechtsverletzungen in dieser Region offen und öffentlich mit russischen Gesprächspartnern an.
- III. Setzen Sie in internationalen Gremien wie der OSZE, dem Europarat, dem Europaparlament und beim UN-Menschenrechtsrat durch, dass diese Region regelmäßig von Delegationen besucht wird. Nur wenn hier eine engmaschige Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen stattfindet und Russland sowie die regionalen Regierungen regelmäßig für das Fehlverhalten vor Ort kritisiert werden, kann sich etwas verändern.
- IV. Setzen Sie sich massiv für ein Ende der Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus ein. Straflosigkeit sorgt dafür, dass sich die Spirale der Gewalt immer weiter dreht.

## **2. Putins Maßnahmen zur Gängelung von Zivilgesellschaft, Opposition und Menschenrechtsorganisationen**

Seit dem Amtsantritt von Wladimir Putin wurden eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, um Demokraten und Menschenrechtsverteidiger in Russland zu diskreditieren sowie die politische Opposition, die sich seit dem Winter 2011/2012 in Massendemonstrationen in Moskau und anderen Städten auf den Straßen geäußert hat, zu schwächen.

### **2.1 Einschränkung der Versammlungsfreiheit**

Auf die Massendemonstrationen für faire Wahlen in Russland reagierte Putin direkt nach seiner Amtsübernahme. Bereits am 10. Mai wurden Änderungsvorschläge für das Versammlungsrecht ins Parlament eingebracht. Die Verschärfung des Gesetzes sollte die Strafen für Verstöße gegen Auflagen oder unangemeldete Demonstrationen drastisch erhöhen und gemeinnützige Arbeit als Strafe einführen. In Anlehnung an europäische Gesetze fand auch das Vermummungsverbot einen Platz im Versammlungsgesetz. Argumentiert wird dabei damit, dass das verschärfte Demonstrationsrecht die Gesellschaft

vor Radikalisierung schützen soll. Die Realität sieht allerdings anders aus. Denn in Anbetracht dessen, dass der Durchschnittslohn in Russland monatlich nur 17.000 Rubel (ca. 421 Euro) beträgt, stellt für die Bürgerinnen und Bürger eine Strafe von 30.000 bis 50.000 Rubel allein für Verstöße gegen Auflagen eine große Abschreckung dar. Die Maximalstrafe z.B. für die „schwerwiegende Verletzung bei der Durchführung einer Veranstaltung“ beträgt 300.000 Rubel (ca. 7.300 Euro). Für juristische Personen und Amtsträger sind die Strafen auch deutlich erhöht worden. Bis zu einer Million Rubel beträgt die Maximalstrafe für juristische Personen.

## 2.2 Internetzensur

Der erste Schritt gegen oppositionelle Blogger und Internetnutzer wurde bereits getan. Am 1. September traten die neu eingeführten Änderungen des Gesetzes „Über den Schutz der Kinder vor Informationen, die ihre Gesundheit und Entwicklung schädigen“ in Kraft. Hinter diesem Namen verbirgt sich Internetzensur, die darauf abzielt, die lebhaft russische Blogosphäre Schritt für Schritt verstummen zu lassen. Auf Druck von Behörden können nun Internetseiten, die die Gesundheit oder Entwicklung der Kinder schädigen, gesperrt werden. Gegen die Sperrung kann weder ein Widerspruch eingelegt noch kann die Entscheidung überprüft werden. Außerdem erfolgt die Sperrung ohne richterlichen Beschluss. Die Blogger befürchten willkürliche Sperrungen regierungskritischer Internetseiten und schleichende Internetzensur.

Wie die russische Zeitung *Kommersant* berichtet, hat der russländische Nachrichtendienst die Entwicklung einer Internet-Monitoring-Software in Auftrag gegeben. Diese Software soll den Informationsfluss im Netz überwachen und durch die Verbreitung von „nützlichen“ Nachrichten manipulieren. Die Software „Disput“ soll die sozialen Netzwerke überwachen und die Faktoren, die die Popularität und Verbreitung der Nachrichten beeinflussen, bestimmen. „Monitor-3“ soll die Daten analysieren und zur Erarbeitung von Methoden und Strategien zur Beeinflussung sozialer Netzwerke beitragen. „Storm-12“ soll auf der Basis analysierter Daten „nützliche“ Informationen in sozialen Netzwerken einspeisen. Somit lässt sich das Netz auch ohne Sperrungen von Seiten kontrollieren und der Nachrichtendienst (in Zusammenarbeit mit FSB, der Nachfolgerin der KGB) braucht dafür nicht einmal eine gesetzliche Legitimierung.

In Planung sind auch Regelungen zur „Entkriminalisierung“ der sozialen Netzwerke. Der Vize-Sprecher der russischen Duma und Mitglied der Partei *Einiges Russland*, Sergej Zheleznyak, gab bereits seine Pläne bekannt. Er will die Anonymität der Benutzer im Internet einschränken: „[D]as Verstecken hinter Spitznamen darf die strafrechtlichen Ermittlungen nicht behindern“, so Zheleznyak. Mit solchen Methoden wird allerdings nicht nur die sogenannte Cyberkriminalität, sondern auch die Meinungsfreiheit im Internet bekämpft. Die

regierungskritischen Blogger könnten deshalb z.B. wegen Verleumdung, die inzwischen wieder im Strafrecht verankert wurde, strafrechtlich verfolgt werden.

Während der Amtszeit von Dmitrij Medwedew war der „Verleumdungsparagraph“ aus dem russischen Strafgesetzbuch gestrichen worden. Am 28.07.2012 unterschrieb Präsident Putin eine Änderung, die Verleumdung nicht nur als Straftat aufnimmt, sondern auch die zu verhängenden Strafen verschärft. Somit wurde die Strafe für die Verbreitung falscher Information auf 500.000 Rubel angehoben. Die Höchststrafe für Verleumdung ist auf 5.000.000 Rubel gestiegen.

Wie die regierungskritische Zeitung *Novaya Gazeta* berichtet, möchte die Kreml-Partei *Einiges Russland* bereits im kommenden Herbst einen Änderungsantrag für den Verleumdungsparagraphen in die Duma einbringen. Das Ziel der Partei ist die Verfolgung von Verleumdung in der Blogosphäre. Anton Zharkow, Abgeordneter der Duma und Mitglied der Partei, behauptet, dass die einfachen Nutzer keine Angst vor Zensur zu haben brauchen. „Angst vor dem Gesetz gegen anonyme Verleumder sollten nur diejenigen haben, die mit bösen Absichten den anderen schaden wollen“, sagte er.

### **2.3 Gesetz über ausländische Agenten**

Als „Einschränkung der Einwirkung ausländischer Nichtregierungsorganisationen (und somit der Staaten) auf die innere Politik des Landes“ wurde die Änderung des Gesetzes „Über Regulierung der Tätigkeiten nichtkommerzieller Organisationen“, die im Juli 2012 von Putin unterschrieben wurde, von den Abgeordneten der Partei *Einiges Russland* bezeichnet. Nach dieser neu eingeführten Regelung, die im Dezember dieses Jahres in Kraft tritt, müssen sich alle nichtkommerziellen Organisationen beim Justizministerium des Landes als „Ausländische Agenten“ registrieren lassen, die finanzielle oder materielle Unterstützung aus dem Ausland bekommen. Religionsgemeinschaften wie z.B. die russisch-orthodoxe Kirche und Wohlfahrts-, Sport-, Kultur-, Umwelt- sowie Hilfsorganisationen sind aus dieser Regelung ausgeschlossen.

Laut Gesetz müssen die als „Ausländische Agenten“ registrierten NGOs jährliche Berichte über Finanzierung, Personal und eigene Tätigkeiten verfassen und bei der Behörde einreichen. Ihre Artikel in der Presse und im Internet müssen als „von ausländischen Agenten verfasst“ gekennzeichnet werden. Die Weigerung, den Forderungen nachzukommen, kann für die Organisationen teuer werden. So beträgt die Strafe für juristische Personen für den Verzicht auf eine Anmeldung zwischen 500.000 und einer Million Rubel. Eine Strafe in derselben Höhe ist für nicht gekennzeichnete Informationen in Massenmedien vorgesehen. In schweren Fällen droht dem „Agenten“ eine Haftstrafe von bis zu vier Jahren.

## 2.4 Verschärfung des Hochverratsgesetzes

Das russische Parlament hat am 23. Oktober ein umstrittenes „Hochverratsgesetz“ verabschiedet. Demnach gilt künftig nicht mehr nur die Weitergabe geheimer Informationen an ausländische Regierungen als Hochverrat, auch Beratung oder Finanzhilfe beispielsweise für internationale Organisationen sind künftig strafbar, wenn diese an "gegen die Sicherheit Russlands gerichteten Aktivitäten" beteiligt sind, wie es im Gesetzestext heißt. Menschenrechtsorganisationen klagen, dass dieses Gesetz ihre Aktivitäten weiter einschränken soll. Das alte Gesetz hatte internationale Organisationen nicht wäht.

Der russische Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin kritisierte, die Formulierungen seien nicht eindeutig und könnten von den Behörden willkürlich ausgelegt werden. Die liberale Oppositionspartei *Jabloko* warnte, künftig könne jeder Russe ins Visier der Justiz geraten. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Anwälte und Aktivisten kritisieren, dass die Novelle bereits den Austausch von Informationen mit internationalen Organisationen wie Amnesty International oder sogar die Anrufung des Straßburger Gerichtshofs für Menschenrechte kriminalisiere.

## 3. Der Nordkaukasus

### 3.1 Menschenrechtslage im Nordkaukasus

Mit zunehmender Besorgnis beobachten die *Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)* sowie andere Menschenrechtsorganisationen die Lage im Nordkaukasus. Die Region ist jener Ort auf dem europäischen Kontinent, wo Gewalt und Menschenrechtsverletzungen den Alltag am stärksten prägen. Das verdeutlichen auch die Statistiken des Internetportals *Caucasian Knot*. 242 Personen wurden dem zufolge im dritten Quartal 2012 in den nordkaukasischen Republiken Dagestan, Inguschetien, Tschetschenien, Kabardino-Balkarien, Nordossetien-Alanien, Karatschaj-Tscherkessien und im Kreis Stavropol getötet, 141 bei Anschlägen, Überfällen oder Schusswechseln verwundet. Dagestan nimmt mit 147 Toten und 57 Verwundeten allein in den Sommermonaten Juli, August und September einen traurigen ersten Platz ein.<sup>1</sup> Nach den Kriegen in Tschetschenien haben sich auch in Dagestan und Inguschetien Verbrechen wie das „Verschwindenlassen“ von Zivilisten und mutmaßlichen Angehörigen des bewaffneten Untergrunds, willkürliche Morde, außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und unmenschliche Behandlung in den Gefängnissen verbreitet. Die Aufklärung und gerichtliche Untersuchung der Verbrechen ist unter den bestehenden politischen Strukturen kaum möglich. Es ist in vielen Fällen unklar, wer die

---

<sup>1</sup> Im zweiten Quartal kamen insgesamt 169 Menschen um; 186 wurden verwundet. Im ersten Quartal 2012 starben 163 Personen, 95 wurden verwundet. Weitere Differenzierung siehe: <http://www.eng.kavkaz-uzel.ru/articles/22481/>.

Täter sind. Straflosigkeit für die Verbrechen ist die Folge. Hauptakteure in diesem Konflikt sind föderale und regionale Sicherheitsorgane, der illegale bewaffnete Untergrund, zivile Salafisten,<sup>2</sup> kriminelle Gruppierungen und zivile Sufisten.<sup>3</sup>

Massive Menschenrechtsverletzungen werden laut Medien und internationalen Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International*, *Human Rights Watch* sowie russischen Menschenrechtsorganisationen wie *Memorial* und *Maschr*<sup>4</sup> von Sicherheitskräften begangen, die teils aus den Republiken, teils aus Moskau stammen. Das System der Sicherheitskräfte in den nordkaukasischen Republiken ist kompliziert und undurchsichtig. Zusammenarbeit und Kommunikation sind schlecht koordiniert. Fehlendes Verantwortungsbewusstsein der Sicherheitskräfte für ihr Tun bzw. für Verstöße gegen Menschenrechte auf allen Ebenen ist die Folge. Menschenrechtsverletzungen, die vom Sicherheitspersonal begangen werden, sind kaum nachweisbar und können so auch nur in den seltensten Fällen geahndet werden. In Dagestan und Tschetschenien werden Vorwürfe gegen Sicherheitsangestellte von Behörden und Präsidenten abgewiesen. Nur der Präsident Inguschetiens, Junusbek Jewkurow, hat in einer Rede im Februar 2012 bestätigt, dass es Beweise für Straftaten gibt, die von Sicherheitsorganen verübt wurden. *Amnesty International* betont, dass diese Rechtsverletzungen keine Einzelfälle, sondern eine bewusst praktizierte Taktik seien, Menschenrechtsverletzungen zu begehen und zu verschleiern.<sup>5</sup> Dadurch wird für die Erhaltung des korrupten Systems gesorgt, in dem Beamte der Polizei und Spezialeinheiten materiell profitieren können.

Folter wird auf Polizeiwachen, in U-Haftanstalten und Gefängnissen systematisch angewandt. Erpressung von Geständnissen oder von Schmiergeldzahlungen sind direkte Motive dafür. Häufig werden Personen willkürlich inhaftiert. Verschärft wird die Situation durch Korruption in den Gerichten. Die Ermittlungsbeamten sind wegen der weit verbreiteten Einstellung, Gewalt gegen Gefangene oder Entführte sei „normal“ und kein Verbrechen, das geahndet werden muss, entweder nicht in der Lage, die Straftaten zu untersuchen oder sie verfolgen Eigeninteressen.

Straffreiheit für Täter aus den Sicherheitsstrukturen, gewalttätiges Vorgehen von Seiten des bewaffneten illegalen Untergrunds und kriminellen Gruppierungen führen dazu, dass die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten gerät. Es darf nicht vergessen werden, dass hinter

---

<sup>2</sup> Salafismus ist als eine fundamentalistische Ausrichtung des Islams bekannt. Seine Anhänger treten für die Vorherrschaft muslimischer Normen in allen Lebensbereichen ein. Salafismus steht im Konflikt zum traditionellen, sufistisch geprägten Islam in den Republiken des Nordkaukasus.

<sup>3</sup> Sufismus ist eine mystisch-asketische Strömung im Islam. Sufismus wird von der Mehrheit der Bevölkerung als traditionelle Form des Islam in Dagestan akzeptiert.

<sup>4</sup> Menschenrechtsorganisation in Inguschetien.

<sup>5</sup> [http://www.bbc.co.uk/russian/international/2012/06/120621\\_amnesty\\_caucasus\\_report.shtml](http://www.bbc.co.uk/russian/international/2012/06/120621_amnesty_caucasus_report.shtml).

jedem Anschlag, hinter jeder Entführung und Gefangennahme das Schicksal und die Tragödie vieler Familien stehen.

### **3.2 Traditionelle Klanstrukturen wiedererstarkt**

Um einen Dialog zwischen den Regierungen und der Zivilgesellschaft zu organisieren, wurden 2011 auf kommunaler Ebene Gemeinderäte gegründet. Der Gemeinderat hat beratende Funktion bei den lokalen Behörden und übernimmt öffentliche Kontrolle. Die Räte sollen die Selbstverwaltung der Zivilgesellschaft fördern, die Meinung der lokalen Bevölkerung abbilden und nach außen vertreten. Die Realität im Nordkaukasus zeigt jedoch bislang, dass die Gemeinderäte nach der kaukasischen Tradition der Räte der Ältesten zusammengestellt werden. Ein Ziel, nämlich die Jugend einzubinden, wird nicht erreicht. Die Jugendlichen unter 30, die mittlerweile über die Hälfte der Bevölkerung ausmachen (z.B. in Dagestan), haben also keine Plattform, um Meinungen, Ideen und Initiativen in der Politik oder Öffentlichkeitsarbeit kundzutun.

Nach Auflösung der sowjetischen Institutionen sind die Klan- oder Stammesstrukturen wieder erstarkt. Sie verhindern zu großen Teilen eine demokratische Entscheidungsfindung und befördern Vetternwirtschaft und Korruption. Der stärkere Stamm übernimmt die tonangebende Rolle ohne Rücksicht auf persönliche Qualifikation oder auch demokratische Prozesse. Sowohl auf lokaler Ebene als auch in den Regionalbehörden wird die Machtverteilung immer noch von diesen Klanstrukturen bestimmt. Wer zu einem einflussreichen Stamm gehört, kann Familienangehörige in mächtige Positionen bringen. Daher ist der Arbeitsmarkt für Fachleute mit guter universitärer Ausbildung, wenn sie nicht die richtigen „Beziehungen“ haben, weitgehend geschlossen. Arbeitsstellen in staatlichen Behörden sind also in der Regel für Familienangehörige reserviert oder werden gegen Schmiergeld „verkauft“. Zudem ist die Jugend in Entscheidungsprozesse der Politik kaum einbezogen. Die unterrepräsentierten jungen Leute finden ideelle Grundlagen und einen Raum für Selbstverwirklichung in den nicht-traditionellen Formen des Islam, z.B. dem Salafismus.

Die Organisation *Ahlu-Sunna* vereint die gemäßigten Salafisten in Dagestan. Die Mitglieder und Anhänger der Organisation sind fast ausschließlich Personen zwischen 15 und 40 Jahren. Der Islam füllt das ideelle Vakuum, das die Abschaffung der sowjetischen Institutionen der Jugendförderung hinterließ. In vielen Fällen kann die Verbreitung des Islam als Modeerscheinung gesehen werden. Der bedeutende Zuwachs an verschleierten Frauen in Dagestan ist ein Beleg dafür.

### 3.3 Menschenrechtsarbeit im Nordkaukasus

Die Arbeit von Menschenrechtlern in den Republiken des Nordkaukasus ist nur unter schwierigsten Bedingungen möglich. Sie geraten von mehreren Seiten unter Druck. Die Menschenrechtler, die im Ausland auftreten, werden beschuldigt, Russland durch die Zusammenarbeit mit dem Westen schaden zu wollen. Nicht nur die Russische Regierung, sondern auch die Regierungen in den Republiken versuchen, Menschenrechtler zu diskreditieren und mundtot zu machen. Am schwierigsten ist dabei die Situation in Tschetschenien. Das Beispiel der *Mütter Dagestans* zeigt, dass auch hier die Regierung systematisch gegen Menschenrechtsarbeit vorgeht. So wird im Internet und in den Medien gegen die *Mütter Dagestans* eine Kampagne geführt, in der die Organisation als „wahhabitisch“ bezeichnet wird. Auch mobile Arbeitsgruppen der Menschenrechtsorganisationen werden bedroht und angegriffen. Internationale Organisationen sind kaum vor Ort. Den lokalen und regionalen Organisationen fällt es immer schwerer, die Menschenrechtsverletzungen systematisch zu dokumentieren und den Opfern effektiv zu helfen. Internationale Kontrollorgane des Europarates oder der UN waren z. B. seit der Eskalation des Konfliktes in Dagestan häufiger vor Ort. Seit dem Jahr 2000 wird der Besuch des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte im Nordkaukasus erwartet. Er scheiterte zuletzt 2006 wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft Russlands. Menschenrechtsverstöße in anderen Bereichen wie Ehrenmord oder häusliche Gewalt finden keinen Eingang in die Berichterstattung der Medien.

In den meisten Fällen informieren Verwandte von Opfern Menschenrechtsorganisationen und Medien über Menschenrechtsverletzungen. In den vergangenen Jahren hat sich eine nordkaukasische Blogosphäre etabliert, die aktuelle Themen aus den Republiken in den sozialen Medien problematisiert. Die Aktualität der Menschenrechtsthemen in der Region sieht man in Internetdiskussionen in Gruppen und Foren, in Blogs<sup>6</sup> sowie in Kommentaren zu Artikeln bei Medienportalen wie *Caucasian Knot*. Erwähnenswert ist der Online-Protest der Blogger aus Inguschetien zur Entführung der 30-jährigen Zalina Elkharaewa Ende Dezember 2011. Die Idee der Aktion bestand darin, die regionalen Behörden mit Anfragen über das Schicksal der entführten Frau regelrecht zu „bombardieren“. Ein Blogger veröffentlichte die Online-Aktion und rief die Internet-Gesellschaft zu reger Beteiligung auf. Die an diesem Flashmob beteiligten Blogger stellten vor allem Präsident Junusbek Jewkurow in Kommentaren in seinem *LifeJournal*-Blog die Frage: „Wo ist Zalina Elkharaewa?“ Angeblich wurde sie von unbekanntem Sicherheitsangehörigen entführt, um Druck auf ihren Bruder auszuüben, ein Geständnis abzugeben. Der Bruder Zalinis war in der Stadt Wladikawkas wegen Terrorismusverdacht inhaftiert. Der Präsident reagierte auf diese Aktion mit einem Eintrag auf seinem Blog, in

---

<sup>6</sup> <http://trislam.livejournal.com>, <http://zakri-turov.livejournal.com> und <http://kadievrusul.livejournal.com>.

dem er erklärte, dass ihm der Aufenthaltsort Zalinis unbekannt sei. Ihr Schicksal ist bis heute (Oktober 2012) ungeklärt.

Neben Demonstrationen sind Online-Aktionen eine Möglichkeit für die Zivilbevölkerung, ihre Meinung auszudrücken und sich zu wehren. Der Erfolg solcher Interaktion ist von der Kommunikationsbereitschaft der Mächtigen abhängig. Es gibt bereits einige positive Entwicklungen in diesem Feld: Präsident Jewkurow beantwortet Fragen der Bürger in seinem Blog. Rizwan Kurbanow, ehemaliger Stellvertreter des Präsidenten von Dagestan, Magomedislam Magomedow, hatte im Oktober 2011 alle interessierten Blogger zu einem Gespräch eingeladen. Ganz anders sieht die Lage in Tschetschenien aus, wo es solche Möglichkeiten gar nicht gibt.

Im Folgenden wird die Menschenrechtssituation in den Republiken Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien genauer beleuchtet und Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet.

## 4. Dagestan

### 4.1 Einleitung

Die *BBC* bezeichnete die nordkaukasische Republik Dagestan im November 2011 als den gefährlichsten Ort in Russland und in Europa.<sup>7</sup> Die multiethnische muslimische Region ist nach Tschetschenien zum Zentrum von Terrorismus und Unruhe geworden. Explosionen, Schusswechsel, Verschwinden von Menschen und Folter in Gefängnissen sind an der Tagesordnung. Zu den schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen in Dagestan gehören willkürliche Ermordungen, Entführungen, Folter und unmenschliche Behandlung in Gefängnissen sowie die Verwendung unter Folter erpresster Geständnisse und gefälschter Beweise in Strafverfahren.

Die Bemühungen der Regierung, die Republik politisch wieder zu stabilisieren, sind wenig effektiv. 2010 wurde – als eine solche Initiative - in Dagestan ein Ausschuss für die Wiedereingliederung von Untergrundkämpfern gegründet. Swetlana Gannuschkina, Vorsitzende der Organisationen *Migration und Recht* und *Zivile Unterstützung*, wichtige russische Menschenrechtlerin und Expertin für den Nordkaukasus, hat die Arbeit des Ausschusses als positiven Trend bezeichnet.<sup>8</sup> Von der Zivilbevölkerung und den Sicherheitsorganen wird die Arbeit des Ausschusses jedoch kontrovers bewertet. Seit 2010 sind über 40 Anträge im Ausschuss behandelt worden. Diese Arbeit hat nicht zum Abnehmen der Aktivitäten des bewaffneten Untergrunds geführt. Sie bezeugt jedoch den politischen

---

<sup>7</sup> <http://www.bbc.co.uk/news/magazine-15824831>.

<sup>8</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/206797/>.

Willen zumindest einiger Entscheidungsträger, sich ernsthaft und unter Zuhilfenahme politischer Mittel mit der bedrohlichen Sicherheitslage auseinanderzusetzen.

Unterschiedliche religiöse Gruppen und Strömungen versuchen in Dagestan, – nachdem etliche religiöse Führer schon Opfer des gewaltsam ausgetragenen Konflikts zwischen Sufismus und Salafismus wurden –, in einen Dialog zu treten, um auf zivilgesellschaftlicher Ebene auf Versöhnung hinzuwirken. So trafen sich in der Hauptstadt Machatschkala die Vertreter der gemäßigten Salafisten und der Verwaltung der Muslime (*DUMD*)<sup>9</sup> zum ersten Mal Ende April 2012. Der Staat hielt sich aus der Initiative hinaus, d.h. es nahmen keine Mitarbeiter von staatlichen Behörden an diesem Treffen teil. Es wurde eine Resolution verabschiedet, die Verhaltensnormen für alle Muslime in Dagestan festlegt. Demnach verzichten gemäßigte Salafisten auf den bewaffneten Kampf und sind in der Organisation *Ahlu-Sunna* vereint. Die radikalen Angehörigen des Untergrunds sind in den Dialog nicht involviert. Sie verüben weiterhin fast täglich Anschläge, terrorisieren Vertreter der staatlichen Stellen und verbreiten Angst und Schrecken in der Zivilbevölkerung.

## 4.2 Bewaffneter Untergrund

Ohne Zweifel hat der Islam in Dagestan insgesamt erheblich an Einfluss und Popularität gewonnen. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung in der Sowjetunion erlebt der muslimische Glaube eine Renaissance. Es ist wichtig, zwischen Personen zu unterscheiden, die eine im Nordkaukasus nicht traditionelle arabisierte Form des Islam angenommen haben, zum Beispiel den Salafismus, ihn jedoch friedlich leben, und solchen, die aus dem Salafismus die Argumente ziehen, um sich zu bewaffnen und dem Untergrund anzuschließen. Diese Unterscheidung wird von Politik und Presse in Dagestan oft versäumt, was zur Stigmatisierung aller als Salafisten oder Wahhabiten<sup>10</sup> bezeichneten Personen führt. In einem Gespräch beschrieb Marina Seferova, die einer Organisation angehört, die gezielt Frauen in Dagestan unterstützt, das Schlimmste, was einer Familie passieren könne, sei, wenn die Tochter den Hijab<sup>11</sup> nähme. Das bedeute, dass sie nun auch von den Behörden der Republik beobachtet werde und in Gefahr sei, ohne in irgendeiner Form gegen Gesetze verstoßen zu haben.

---

<sup>9</sup> Die Verwaltung koordiniert die Arbeit der religiösen Gemeinschaft traditioneller Richtung in enger Zusammenarbeit mit der Regierung.

<sup>10</sup> „Wahhabiten“ ist eine in Russland gebräuchliche Bezeichnung für Salafisten. Der Begriff ist erst seit den 1990er Jahren im Nordkaukasus bekannt und hat seit dem Krieg in Tschetschenien eine negative Bedeutung. 1999 wurde in Dagestan das Gesetz „Über das Verbot wahhabitischer und andersartiger extremistischer Tätigkeit“ verabschiedet. Gleiche Gesetze wurden von Parlamenten in Tschetschenien und Inguschetien gebilligt. Heute wird mit gemäßigten Salafisten in Dagestan ein Dialog geführt. In Inguschetien und Tschetschenien wird offiziell nicht zwischen Salafisten und Wahhabiten unterschieden. Wahhabismus ist seit 1999 gesetzlich verboten.

<sup>11</sup> Hijab ist islamische Kleidung für Frauen, die den Körper von Kopf bis Fuß bedeckt. Man unterscheidet nach Ländern verschiedene Arten des Hijabs. Von Salafistinnen wird ein Hijab aus schwarzem Stoff getragen. Nach einer besonders strengen Auslegung muss der Hijab sogar den Kopf bis zum Kinn bedecken. Weiter verbreitet als der schwarze Hijab ist in Dagestan ein bunter Hijab.

Behörden in Moskau und in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala machen den bewaffneten Untergrund für die Eskalation der Gewalt in der Region verantwortlich. Der Untergrund hat mehrere mobile Basen in den Wäldern und Bergen der Republik. Wie viele bewaffnete junge Männer gegen die Sicherheitsbehörden kämpfen, ist unbekannt. Die Behörden sind geneigt, Zahlenangaben zu reduzieren, weil der Untergrund unglaublich hohe Zahlen veröffentlicht. Die Anzahl von potenziellen Untergrundkämpfern, die bereit sind, jederzeit Gefallene zu ersetzen, wird jedoch auf mehrere tausend geschätzt. Der Untergrund ist hierarchisch organisiert und in mehrere *Djamaate*<sup>12</sup> unterteilt. In den Zentren der *Djamaate* sind Anschläge und Überfälle besonders häufig. Die „Hochburgen“ der Untergrundkämpfer finden sich in ganz Dagestan: im Norden in Kisiljurt und in Kisljar, im Südosten in Derbent, im Südwesten in Tsuntinsk, in zentraler Lage in Unzukul, Lewaschi und Bujnask sowie in den Städten Machatschkala, Khasawjurt, Bujnask, Isberbasch und Kaspijsk. Die tatsächlichen Gründe für die Entstehung der Untergrundbewegung liegen auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene. Die ideelle Förderung der dagestanischen Untergrundbewegung begann in den 1990er Jahren. Ihre ersten Anführer hatten zumeist Erfahrung in den Tschetschenienkriegen gesammelt.

Eines der aktivsten *Djamaate* ist Didoiskij, dessen Lager und Rekrutierungsareal im Kreis Tsuntinskij liegt. Umrahmt von Hochgebirge liegt dieser Kreis im Norden Dagestans an der Grenze zu Georgien. Hier definiert sich die Mehrheit der Bevölkerung als *Tsezen* – eine ethnische Minderheit, die auch als *Didoi* bezeichnet wird. *Tsezen* wohnen in wenigen Dörfern im Norden Dagestans. In den 1950er Jahren wurde ein Teil der *Tsezen* ins Flachland, in die heutige Region Kisiljurt umgesiedelt. Der Regierungsplan sah vor, dass die Bergbewohner so schneller ins sowjetische Wirtschaftssystem integriert werden sollten. Obwohl das Verwaltungszentrum Kidero nur 250 Kilometer von der Hauptstadt Machatschkala entfernt ist, dauert die Fahrt dorthin zehn Stunden. Die Infrastruktur ist schwach, es gibt kein Gas in den Dörfern, die Stromversorgung wird ständig unterbrochen. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Gefährdet sind vor allem die Kultur und Sprache der *Tsezen*. Denn Regierungsmaßnahmen für die Förderung der nationalen Kulturen in Dagestan sind unzureichend. Ein erstes Schulbuch in der Sprache *Tsez* wurde 1993 veröffentlicht. An der Schule kann man jedoch kein *Tsez* lernen. Die *UNESCO* stuft die Sprache als „akut bedroht“ ein.<sup>13</sup> *Tsezen* fühlen sich von den regionalen Behörden drangsaliert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Unter anderem beklagen die *Tsezen* fehlende Repräsentation in den führenden politischen Machtstrukturen der Republik. Die inoffizielle Regelung für die Verteilung der politischen Posten in Dagestan schreibt vor, dass alle Ethnien nach Quoten repräsentiert sind. Kleinere Volksgruppen wie *Tsezen* werden dabei jedoch häufig benachteiligt. Laut Volkszählung von 2010 stellen sie 0,40 % der 2,96 Mio. Einwohner

---

<sup>12</sup> *Djamaate* bilden territoriale Einheiten des „Kaukasus Emirats“, das 2007 vom Führer der radikalen Islamisten Doku Umarow ausgerufen wurde.

<sup>13</sup> <http://www.unesco.org/culture/languages-atlas/index.php?hl=en&page=atlasmap>.

der Republik. Fundamentalisten fällt es leicht, junge Tzesen für ihre Ziele zu gewinnen. Zudem findet der bewaffnete Untergrund hier im unwegsamen Gebirge günstige Bedingungen, um „Aktionen“ vorzubereiten. Die schwer kontrollierbare Grenze zu Georgien gewährleistet schnellen Zugriff auf materielle Ressourcen. Die Untergrundgruppe aus dem Kreis Tsuntinskij ist als Didoi Djamaat bekannt. Ein Zweig dieser Gruppe ist in den Kreisen Kisiljurt und Kisljar aktiv.

In den zentralen Kreisen Unzukul, Lewaschi und Bujnaxsk konzentrieren sich die Antiterroroperationen, d.h. Razzien von Militär und Polizei auf Dörfer, in denen der Islam historisch starke Wurzeln hat. Dort wenden staatliche Sicherheitsstrukturen unverhältnismäßig häufig und massiv Gewalt an. Gimri ist dafür ein Beispiel: Hier wurde Imam Schamil geboren, der politisch-religiöse Führer Dagestans und Tschetscheniens während des Widerstandkrieges gegen das zaristische Russland im 19. Jahrhundert. Der Ort galt auch damals als Rebellenhochburg. In den 1990er Jahren studierten viele junge Männer aus Dagestan in den arabischen Ländern wie Saudi-Arabien, Ägypten und Syrien. Sie hatten Kontakt zu Salafisten und schlossen sich dieser fundamentalistischen religiösen Strömung an. Nach der Rückkehr in ihre Heimat verbreitete sich infolgedessen der Salafismus vor allem in Dörfern wie Gimri. 1999 wurde sogar im Kreis Bujnaxsk in vier Dörfern ein islamischer Staat nach den Gesetzen der Scharia ausgerufen. Nach einem Monat des Widerstands befreite die Armee dieses Gebiet, das auch als Kadar-Zone bekannt ist, von den „Terroristen“.

Allerdings ist die religiöse Motivation nur einer der Gründe, um die Untergrundkämpfer zu unterstützen. Für einige haben Arbeitslosigkeit und die desolatte finanzielle und soziale Situation in Dagestan eine entscheidende Rolle gespielt. Andere hingegen suchten bei der Untergrundbewegung Schutz vor der Willkür des Staates. Die Mehrheit der jungen Bevölkerung in der Region hat keine Hoffnung auf eine positive Zukunft und diese mangelnden Perspektiven tragen weiter zur Radikalisierung bei. Auch finden sie in einer Gesellschaft, die stark von Klanstrukturen und Korruption geprägt ist, keine Möglichkeit der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe.

Zum Hauptopfer in diesem Konflikt wird die Zivilbevölkerung. Die Zahl der zivilen Opfer ist 2011 im Vergleich zu 2010 deutlich gestiegen. Nach Angaben des Internetportals *Caucasian Knot* sind 2011 in Dagestan mindestens 413 Menschen ums Leben gekommen, mindestens 411 wurden verletzt.<sup>14</sup> 2012 hat sich die Lage zunehmend verschlechtert. In den ersten sechs Monaten zählen in Dagestan mindestens 453 Menschen zu Opfern des Konflikts. So kamen allein im Juli 2012 mindestens 78 Menschen ums Leben, 40 wurden verletzt.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> <http://dagestan.kavkaz-uzel.ru/articles/198813/>.

<sup>15</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/210720/>.

### 4.3 Entführungen, Verschwindenlassen und außergerichtliche Hinrichtungen

Die russische Menschenrechtsorganisation *Memorial* hat zahlreiche Fälle von Entführungen in Dagestan dokumentiert. Für diese Verbrechen werden in vielen Fällen Sicherheitskräfte verantwortlich gemacht. Zur Risikogruppe gehören Angehörige von gewalttätigen und friedlichen Salafisten, junge Männer, die unter Verdacht stehen, Anhänger des Salafismus zu sein, sowie Personen, die dem „Untergrund“ zugeordnet werden.

Entführer sind in der Regel maskiert und fahren Autos ohne Nummernschilder. Es ist daher nicht möglich, sie zu identifizieren. Das erschwert die Untersuchung dieser Fälle. In den vergangenen zwei Jahren hat sich in Dagestan kein einziges Gerichtsverfahren mit der Untersuchung von Entführungsfällen beschäftigt.<sup>16</sup>

„Verschwundene“ werden in einigen Fällen in Geheimgefängnissen festgehalten, gefoltert und zu den „gewünschten“ Geständnissen gezwungen.<sup>17</sup> Als „Geheimgefängnisse“ werden hier Keller, Hallen, Räume in leer stehenden Gebäuden bezeichnet, die nicht offiziell als Gefängnisse geführt werden, sondern in die Personen verschleppt und in denen sie misshandelt werden, oft bevor sie tatsächlich angeklagt werden. Wenn Verwandte sofort reagieren, Beziehungen zur Polizei oder anderen Sicherheitskräften haben, Menschenrechtsorganisationen sich sofort einschalten und schnell vermitteln können, kann ein Gefangener Glück haben und frei kommen. Die Freigekommenen werden bedroht und zum Schweigen gezwungen. In den schlimmsten Fällen wurden die verbrannten Leichen der Verschleppten mehrere Wochen nach dem Verbrechen gefunden.

Viele Angehörigen von Opfern, aber inzwischen auch Nachbarn und Freunde reagieren auf Hinrichtungen, Entführungen und „Verschwindenlassen“ mit Demonstrationen. Ihre einzige Möglichkeit, die Behörden auf ihren Fall aufmerksam zu machen, ist es, Straßenblockaden zu errichten. So protestierten Anfang August 2012 etwa 300 Bewohner im Dorf Kidero.<sup>18</sup> Die Bevölkerung wandte sich gegen die Verfolgung und Verhaftung von Gadschimurad Magomedow durch die lokale Polizei. Gadschimurad wurde beschuldigt, vor einem Jahr einen Polizisten verletzt zu haben. Seine Verwandten jedoch glauben, er sei verfolgt worden, weil er Salafist war.

Am 5. August 2012 blockierten in Komsomolskoje im Norden des Landes mehr als 300 Bewohner die Eisenbahnlinie Moskau-Machatschkala. Sie protestierten gegen die Entführung von Adam Khairulaev am 3. August. Er soll verdächtigt worden sein, sich am

---

<sup>16</sup> <http://chechnya.kavkaz-uzel.ru/articles/209670/>.

<sup>17</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/207376/?print=true>.

<sup>18</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/blogs/16/posts/12223>.

bewaffneten Untergrund zu beteiligen. Im Gegensatz zu früheren Aktionen solidarisierten sich jetzt mit den Protestierenden auch mehr Personen, die nicht mit dem Opfer verwandt waren.

In Dagestan ist die Anzahl der Frauen, die während Antiterroraktionen getötet oder verletzt wurden, gestiegen. In der Regel sind es Ehefrauen oder andere weibliche Familienangehörige von verdächtigten Salafisten.

Am 26. Juli 2012 wurde im Stadtteil Alburikent in Machatschkala eine Antiterroroperation durchgeführt. In einem Privathaus wurden neun Personen einsperrt, darunter vier Kinder und drei Frauen. Die Sicherheitskräfte, die die Antiterroroperation durchführten, verhandelten mit den Hausbewohnern die ganze Nacht lang über Bedingungen für eine freiwillige Übergabe von Waffen und über das Freilassen der Unschuldigen. Die Kinder durften das Haus schließlich verlassen, die anderen fünf Personen wurden getötet.<sup>19</sup> Eine der getöteten Frauen war Dinara Butdaewa – die Witwe von Rasul Makascharipow, der vor sieben Jahren getötet worden war. Der Bruder von Butdaewa war 2008 ebenfalls getötet worden.

Laut *Memorial* haben die Entführungen in Dagestan seit 2007 regelmäßigen Charakter. Wiederholt berichtet das Innenministerium über ausgebrannte Autos, die in der Regel in den Außenbezirken der Städte gefunden werden. Nach offiziellen Angaben sind die Täter unbekannt und die Ursache des Vorfalls sei ein Unfall gewesen. In den Autos finden sich jedoch die sterblichen Überreste von Verschwundenen und Entführten. Menschenrechtsorganisationen sehen darin eine gängige Praxis, mit der die Sicherheitsorgane versuchen, ihre Verbrechen zu vertuschen.

Ein Beispiel: Am 20. Januar 2012 fuhren Muslim Musaew, Malik Musaew und Gadji Gadji aus Kaspijsk nach Nowij Kostek. Die drei Männer hatten vor, die Familie von Muslims Braut zu besuchen. Doch am Zielort kamen sie nie an. Spät in der Nacht wurde nahe der Stadt Isberbasch das Auto mit den verbrannten Leichen der jungen Männer gefunden. Auf Maliks Körper waren deutliche Folterspuren zu sehen wie Blutergüsse und Spuren von Erdrosselung. Nach offiziellen Angaben soll Sprengstoff das Auto zur Explosion gebracht haben.<sup>20</sup>

#### 4.4 Folter

Aufgrund des begrenzten Zugangs zu Informationen ist es nicht möglich, eindeutig die korrekte Anzahl von Folteropfern in Dagestan festzustellen. Die Appelle von Betroffenen an

---

<sup>19</sup> <http://wordyou.ru/v-rossii/frontovye-budni-dagestana.html>.

<sup>20</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/206386/?print=true>.

Presse und Menschenrechtsorganisationen vermitteln jedoch ein Bild der Folterpraxis in den Gefängnissen.

In Dagestan stehen die Abteilungen des Innenministeriums (*OWD*) und Gefängnisse der Städte Kisiljurt, Khasawjurt, Machatschkala im Verdacht, Gefangene zu foltern.<sup>21</sup> Zu den verbreiteten Foltermethoden gehören Erdrosselung mit Plastiktüten, Schläge mit Baseballschlägern und anderen Gegenständen sowie Tritte gegen den ganzen Körper, Morddrohung, Androhung von Vergewaltigung und Folter mit Elektroschocks.

Anwar Gusejnow (21) und Magomed Sulaew (29) wurden am 20. Juli 2012 in der Stadt Chasawjurt von Maskierten entführt, als sie aus der Moschee kamen. Später wurde bestätigt, dass beide in der Polizeiwache in Chasawjurt festgehalten wurden. In einem Video, das der Anwalt Sapijat Magomedowa am 25. Juli gedreht hat, berichtet Anwar Gusejnow von Folterungen.<sup>22</sup> Nach eigenen Angaben versetzte man ihm Schläge auf den Kopf. Nach einem anderen Bericht sind beide von Polizisten schwer geschlagen, gedemütigt und beleidigt worden.<sup>23</sup>

Die Insassen im Untersuchungsgefängnis *SIZO 1* in Machatschkala traten im Frühling und Sommer 2012 in einen Hungerstreik aus Protest gegen die Haftbedingungen. Im Juli hatten sich über 300 Menschen dem Hungerstreik angeschlossen. Die Protestierenden klagten über Erniedrigungen und Beleidigungen und forderten, dass ihre Rechte respektiert werden.<sup>24</sup> Der Streik wurde beendet, nachdem die Verwaltung des Untersuchungsgefängnisses versprochen hatte, einige Forderungen der Insassen zu erfüllen.

#### **4.5 Handel mit Leichen**

Angehörige von Getöteten beklagen, dass ihnen die Leichname ihrer Söhne, Brüder oder Ehemänner nicht übergeben werden. Sehr häufig werden entsprechende Anträge von den zuständigen Behörden abgelehnt. So können die Eltern ihre Söhne nicht nach den Vorschriften des Islam beerdigen. Demnach müssen Verstorbene nach der Ausführung der Bestattungsriten möglichst schnell beerdigt werden.

Arsen Magomedow beispielsweise wurde am 14. Juli 2012 getötet. Seine Mutter Zukhrakhanum erfuhr dies aus den Medien. Ihr Appell an die Vertretung der Untersuchungsabteilung in Isberbasch, ihr die Leiche zu übergeben, wurde abgelehnt mit der Begründung, Arsen Magomedow sei Mitglied des bewaffneten Untergrunds gewesen.<sup>25</sup> In

---

<sup>21</sup> <http://www.hro.org/node/10220>.

<sup>22</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=IMFwhMV0N2s>.

<sup>23</sup> <http://pravozashita05.ru/presledovanija-po-religioznomu-principu/pervyj-den-ramadana/#more-775>.

<sup>24</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/209482/>.

<sup>25</sup> <http://kavpolit.com/pravo-na-proshhanie-s-terroristom/>.

anderen Fällen wurde den Familien vorgeschlagen, dass sie den Behörden die Leichen ihrer Angehörigen für 400 bis 800 Dollar abkaufen können.

#### **4.6 Schutzgelderpressung**

Die Zivilbevölkerung leidet darunter, dass auch der bewaffnete Untergrund sie drangsalirt. So werden Unternehmen beispielsweise USB-Sticks zugestellt. Auf diesen werden sie aufgefordert, Schutzgeld zu zahlen<sup>26</sup>, ansonsten werde ihr Geschäft zerstört. Es hat im vergangenen Jahr eine Reihe von Brandstiftungen gegeben. Auch auf Geschäfte, die Alkohol oder Zigaretten verkaufen, werden immer wieder Brandanschläge verübt. Diese Schutzgelderpressungen sind eine Einnahmequelle des Untergrunds.

#### **4.7 Anschläge gegen Geistliche**

Systematisch werden religiöse Würdenträger und Imame angegriffen und teils auch getötet. Die Täter sind in der Regel unbekannt. Opfer werden dabei sowohl Anhänger der salafistischen Ausrichtung des Islam als auch traditionelle sufistische Geistliche. So wurden Anfang Juli 2012 im Dorf Karamakhi der Imam der lokalen Moschee und ein Bewohner von maskierten Unbekannten erschossen und die Moschee in Brand gesetzt.

Ende Juli 2012 wurde Imam Saidachmed Imanow im Dorf Chaljach erschossen. Said Afandi wurde am 28. August in seinem Haus in Tschirkei von einer Selbstmordattentäterin getötet. Durch die Wucht der Explosion wurden noch sieben Menschen mit in den Tod gerissen. Said Afandis Tätigkeit hatte enormen Einfluss auf das religiöse Klima in Dagestan. Der Scheich war als geistlicher Führer der Muslime in der nordkaukasischen Republik hoch geachtet. Trotz seiner unpolitischen Haltung als Sufi reichte seine Autorität weit über religiöse Fragen hinaus und war für die Arbeit der Verwaltung der Muslime (DUMD) in Dagestan von großer Wichtigkeit. Viele dagestanische Spitzenpolitiker zählen sich zu seinen Schülern. Als Prediger brachte er tausenden Anhängern den traditionellen gemäßigten sufistischen Islam nahe. Die genaue Zahl seiner Schüler im Nordkaukasus, in Russland und im Ausland ist schwer abzuschätzen. Es sollen Zehntausende sein. Sein Haus war für alle Gläubigen offen. Davon hatte auch die Attentäterin profitiert. Schätzungen zufolge sollen Zigtausende an seinem Begräbnis teilgenommen haben, das noch spät in der Nacht zum darauffolgenden Tag stattfand. Das Attentat war nicht der erste Versuch, den Scheich zu töten. Schon 2007 hatten Sicherheitskräfte einen Anschlag verhindert. Bekannte religiöse Persönlichkeiten in Dagestan werden immer öfter zum Opfer von Attentätern. 2011 wurden der Nachfolger Said Afandis und der Dekan der Islamischen Universität erschossen. In den vergangenen Monaten hat es eine Welle von Anschlägen auf Imame und einen Angriff auf die schiitische Moschee gegeben.

---

<sup>26</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=6y6tYugEpVA>.

## 4.8 Razzien in Dörfern

Razzien in dagestanischen Dörfern erinnern an ähnliche Maßnahmen in Tschetschenien während des Krieges. Durchsuchungen finden ohne Vorwarnung statt und sind begleitet von Gewalt und Plünderungen.

Nach Ansicht der Sicherheitsbehörden gehört Gimri zu den Dörfern, aus dem viele Untergrundkämpfer stammen. Am 9. Januar 2012 wurde das Dorf von dagestanischen, tschetschenischen und föderalen Sicherheitskräften umzingelt. Militärfahrzeuge riegelten den Zugang zum Dorf ab, Scharfschützen hatten sich um den Ort verteilt. Nach offiziellen Angaben hatte die Operation zum Ziel, alle Mitglieder des lokalen Djaamats zu inhaftieren. Ohne vorherige Aufklärung fanden gezielte Durchsuchungen statt, fast alle Jugendlichen wurden zwangsweise fotografiert und zur Abgabe von Fingerabdrücken gezwungen. Die Durchsuchungen setzen sich am nächsten Tag fort. Es wurde eine Ausgangssperre von 22 Uhr bis acht Uhr morgens verhängt, Computer und religiöse Literatur wurden beschlagnahmt. Dabei wandten die Sicherheitskräfte auch Gewalt an: Jugendliche wurden geschlagen, als sie Fotos der Durchsuchungen machten.<sup>27</sup>

Diese Operation in Gimri ist kein Einzelfall. Während der vergangenen fünf Jahre wurden dort mehrere solche Razzien durchgeführt. Ähnliche Aktionen fanden in den Dörfern Gubden, Khutrakh und Sowetskoe zwischen 2008 und 2012 statt. In die Antiterroroperationen sind sowohl föderale als auch regionale Sicherheitsbehörden involviert. Jede Operation wird aus dem föderalen Budget großzügig finanziert.

Der Ablauf einer Antiterroroperation ist in Russland im Terrorismusbekämpfungsgesetz geregelt. Demnach kann eine Antiterroroperation in einzelnen Objekten oder Ortschaften von den lokalen Staatsorganen angeordnet werden. Ob eine tatsächliche Terrorgefahr besteht, muss dabei im Vorhinein nicht belegt werden. Die Sicherheitskräfte haben während der Operation uneingeschränkten Zugang zum Eigentum der Bürger, Gewalt gegen und das Töten von mutmaßlichen Terroristen sind erlaubt. Das Gesetz schränkt die Anwendung von Gewalt gegen Terrorverdächtige oder Zivilisten nicht ein, es sind keine Mechanismen für die Unterbindung von Willkür vorgesehen. Der Schutz des Lebens wird nicht als Priorität gesehen, auch wenn Verhandlungen mit den „Terroristen“ geführt werden können. Während einer solchen Antiterroroperation ist der Rechtsschutz massiv eingeschränkt. Der Staat rechtfertigt die Menschenrechtsverletzungen mit dem Kampf gegen Terrorismus.

## 4.9 Journalisten in Gefahr

Kritische Journalisten in Dagestan stehen unter dem Druck der Behörden und Drohungen von Gegnern des Regimes. Weit bekannt geworden ist die sogenannte

---

<sup>27</sup> <http://www.memo.ru/uploads/files/745.pdf>.

„Todesliste“, die seit Anfang September 2009 in Machatschkala kursiert.<sup>28</sup> Die Liste, deren Autorenschaft nicht bekannt ist, beinhaltet Namen bekannter Menschenrechtler und Journalisten. Einer ist Djamalutdin Kamalow, Chefredakteur der Wochenzeitschrift Chernovik, die zu den wenigen regimekritischen Medien in Russland gehört. Er wurde im Dezember 2011 ermordet. Kamalow unterstützte NGOs, ziviles Engagement gegen Menschenrechtsverletzungen und organisierte einige Protestdemonstrationen.

Es wird über eine weitere Todesliste berichtet, die angeblich tausende Namen enthält. Die Menschen auf der Liste sollen Salafisten sein, die kollektiv zu Terroristen erklärt wurden. Ihnen soll Vernichtung drohen, ohne vorherige Gerichtsverhandlung. Das einzige Ziel dieser Aktivitäten scheint es zu sein, Angst zu verbreiten, Menschen einzuschüchtern und somit die Lage in Dagestan weiter zu destabilisieren.

#### **4.10 Militarisierte Gruppen bilden sich**

In Dagestan, in Nordossetien, und in Kabardino-Balkarien haben sich vor einigen Monaten sogenannte „Robin Hoods“, selbst organisierte militarisierte Gruppen, die gegen Terroristen kämpfen, mit Videobotschaften gemeldet. Der Zorn der „Rächer aus dem Volk“ ist gegen Untergrundkämpfer gerichtet, die für den Terror gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht werden. Ungeklärt bleibt, wer sich tatsächlich hinter den „Robin Hoods“ verbirgt. Unter Verdacht stehen auch die Sicherheitsorgane. Eines steht allerdings fest: Sicherheitskräfte, kriminelle Gruppen, illegaler bewaffneter Untergrund, Salafisten, Sufisten, Zivilgesellschaft – alle sind in diesem offenen Konflikt gleichermaßen gefangen. Es gibt zurzeit keine Kraft, die in der Lage wäre, die Sicherheit wiederherzustellen und die Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Die Bevölkerung lebt in Angst und Unsicherheit.

## **5. Tschetschenien**

### **5.1 Einleitung**

Trotz des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der monumentalen Bauprojekte besonders in Grosny und Gudermes ist die Menschenrechtslage in Tschetschenien äußerst besorgniserregend. Präsident Ramzan Kadyrow hat in der Republik Machtstrukturen nach dem Prinzip „Der Staat bin ich“ etabliert. Sein politischer Einfluss wirkt bis in die Privatsphäre der Bürger hinein.

Kadyrows Willkürherrschaft scheint abgekoppelt von der Verfassung der Russischen Föderation zu sein, die offiziell auch in Tschetschenien gilt. Das Wohl der Menschen hängt von ihrer Loyalität gegenüber Kadyrow ab. Das vorherrschende Gefühl ist Angst. Die

---

<sup>28</sup> <http://www.memo.ru/2009/09/08/0809091.jpg>.

renommierte Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina vergleicht diese Angst mit der Furchtsamkeit der Menschen während der Stalinzeit.<sup>29</sup> Fatima Gudieva von der Organisation *Denal* (Center of psychological and social support) beschrieb, dass die Bevölkerung besonders unter der Ohnmacht leide, nicht zu wissen, was am nächsten Tag passieren könnte.

Dieses System, von dem böse Zungen behaupten, es habe mehr Unabhängigkeit von Moskau erreicht, als es jegliche Autonomielösung für Tschetschenien gebracht hätte, wird von der russischen Regierung politisch und finanziell unterstützt. Nur die Machthaber in Moskau und dort besonders Präsident Wladimir Putin, der Kadyrow als Nachfolger für dessen Vater eingesetzt hatte, könnten in Tschetschenien Einfluss auf die Menschenrechtsslage ausüben. Dass sie das nicht tun, hat wohl mehrere Gründe. Einer könnte sein, dass die Sicherheitslage, auch im Hinblick auf Anschläge innerhalb Zentralrusslands, nicht als so bedrohlich eingeschätzt wird, dass gehandelt werden müsste.

„Verschwindenlassen“ von mutmaßlichen Angehörigen des illegalen bewaffneten Untergrunds und deren Verwandten, Folter in Haftanstalten, aber auch an geheimen Orten, willkürliche Gewalt gegen mutmaßliche Gegner Kadyrows sowie massive Verstöße gegen die Frauenrechte sind einige Beispiele besonders gravierender Menschenrechtsverletzungen. Die systematische Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen ist in Tschetschenien besonders seit der Ermordung der international bekannten Menschenrechtsaktivistin Natalja Estemirowa 2009, die für die Menschenrechtsorganisation *Memorial* arbeitete, und Zarema Sadulaeva 2010, die die humanitäre Organisation „Rettet eine Generation“ repräsentierte, nicht mehr möglich. Demonstrationen von Angehörigen von Verschwundenen wie sie in Dagestan organisiert werden, sind in Tschetschenien nahezu unmöglich. Ein solcher Protest von Müttern der Organisation *Die Sorge der Mütter* (*Materinskaya Trevoga*), die vom mobilen Menschenrechtsteam unter der Leitung von Dmitry Utukin unterstützt wurde und auf das Schicksal ihrer verschleppten Söhne aufmerksam machen wollten, wurde im Juli 2012 aufgelöst. Ramzan Kadyrow persönlich wandte sich an die Mütter, verunglimpfte die Menschenrechtler und verwarnte die Demonstrantinnen.

Die Informationslage zu staatlichen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen ist undurchsichtig. Die zumeist einzigen Informationen stammen von Betroffenen, die sich in einzelnen Fällen an das Internetportal *Caucasian Knot* oder an *Memorial* wenden. Das Ausmaß der willkürlichen Gewalt lässt sich somit nur erahnen. Die Täter gehen straffrei aus.

Nach Angaben des Menschenrechtsbeauftragten in Tschetschenien, Nurdi Nuchaziew, wurden seit Anfang des ersten Tschetschenienkriegs 1994 über 5.000 Personen entführt

---

<sup>29</sup> [http://www.ecoi.net/file\\_upload/90\\_1341385356\\_accord-bericht-coi-workshop-frauen-in-tschetschenien-2012-07-04.pdf](http://www.ecoi.net/file_upload/90_1341385356_accord-bericht-coi-workshop-frauen-in-tschetschenien-2012-07-04.pdf), S. 33.

oder sind verschwunden. Ihre Zahl für alle Republiken im Nordkaukasus beträgt 8.000. Nuchaziew weist auf die Untätigkeit der zuständigen föderalen und regionalen Behörden hin, besonders in den Fällen, in denen die Tatverdächtigen schon bekannt sind.<sup>30</sup> Die Ermittlungsanträge werden vorsätzlich fallen gelassen oder über Jahre hinweg nicht verfolgt. Die Aussagen Nuchaziews bestätigen, dass es hier keine effektive Strafverfolgung gibt. Das wissen natürlich auch die Bürger. Sie wenden sich daher nicht an die örtlichen Gerichte, sondern an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

## 5.2 Sippenhaft

Offizielle Aussagen Ramzan Kadyrows verdeutlichen, dass er nicht nur tatsächlich im Untergrund aktive Kämpfer als Verbrecher ansieht, sondern ihre gesamten Familien. In den vergangenen Jahren wurden zum Beispiel die Häuser von Angehörigen mutmaßlicher Kämpfer niedergebrannt.<sup>31</sup> Angehörige werden systematisch bedroht und teils auch verhaftet. Das Beispiel der Familie Akaev macht dies deutlich: Am 13. März 2012 stürmten Männer in Tarnanzügen um fünf Uhr abends ihr Haus in Grosny. Zwei Frauen waren zu Hause: Selimat und Aina. Die Eindringlinge stellten sich weder vor noch wiesen sie sich aus. Das Haus wurde durchsucht und die Frauen zu einer Polizeistation gebracht. Die Sicherheitskräfte erklärten Selimat, dass ihr Sohn Magomed Akaev für einen Anschlag verantwortlich sei. Ein Polizist sei dabei ums Leben gekommen. Selimat wurde gedroht, ihre gesamte Familie werde vernichtet, wenn sie nicht erzählt, wo ihr Sohn ist. Magomed's Frau Aina wurde am gleichen Tag geschlagen, mit Elektroschocks gefoltert und mit Vergewaltigung bedroht. Die Sicherheitskräfte brachten sechs weitere Familienmitglieder zur Polizeiwache. Unter Todesdrohungen und Beleidigungen wurde die Familie aufgefordert, den Aufenthaltsort Magomed's zu verraten. Die Familie sagte aus, keine Informationen dazu zu haben. Am 15. März bekamen die Akaevs wieder Besuch von den Sicherheitsbehörden. Drei Frauen wurden festgenommen und in der Polizeistation mit Elektroschocks gefoltert. Die Gewalt gegen die Akaevs endete erst nach der Verhaftung Magomed's am 4. April in Weißrussland.<sup>32</sup>

## 5.3 Korruption

Tschetscheniens Staatshaushalt wird zu 90 Prozent von der Russischen Föderation finanziert. Nachdem die meisten wichtigen Bauprojekte nun fertiggestellt wurden, leben viele Haushalte von Pensionszahlungen, z.B. Kriegsversehrten-, Waisen- und Witwenrenten. Diese Zahlungen sind sehr gering und stammen aus dem russischen Staatshaushalt. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch und Investitionen in den Aufbau von Wirtschaftsstrukturen, die durch die Kriege vollkommen zerstört wurden, fehlen. Zusätzliches Geld fließt als Ausgleichszahlungen an diejenigen, deren Häuser während des Krieges zerstört wurden. Ein

---

<sup>30</sup> <http://www.chechenombudsman.ru>.

<sup>31</sup> <http://www.hrw.org/reports/2009/07/02/what-your-children-do-will-touch-upon-you>.

<sup>32</sup> <http://www.memo.ru/eng/news/2012/07/11/1107122.html>.

signifikanter Teil dieser Zahlungen verschwindet jedoch im korrupten System bzw. in den Taschen der Machthaber. Während Unternehmer in Dagestan Schutzgelder an den bewaffneten Untergrund bezahlen, sind Unternehmer und Bürger in Tschetschenien zu Schutzzahlungen an das Regime gezwungen. Entweder müssen zwischen 30 und 50 Prozent der Ausgleichszahlungen an die Stiftung Kadyrows überwiesen werden oder eine bestimmte Summe des Firmenumsatzes wird den Unternehmern abgepresst. Dieses Vorgehen verstößt gegen Russlands Gesetze. Die Opfer der Erpressung haben jedoch keine Chance auf Schutz, da in Tschetschenien der Willen Kadyrows über dem Gesetz steht. Im März 2012 wurde in Tschetschenien eine große Kampagne gestartet, die prüft, ob sich Privatunternehmen an die Vorschriften halten. Die Unternehmer bezeichneten die Ziele dieser Kampagne als Gelderpressung für das Team des Initiators – Präsident Kadyrow. Die Schutzgeldzahlungen reichten von 1.200 bis 4.000 Euro. Weiterhin wurden die Unternehmer aufgefordert, monatlich etwa 250 Euro zusätzlich zu allen gesetzlich vorgesehenen Steuern zu bezahlen.<sup>33</sup>

#### **5.4 Gewalt gegen Frauen**

Frauen werden in Kadyrows Tschetschenien massiv unterdrückt. Kadyrow propagiert, alte tschetschenische und islamische Werte wieder einführen zu wollen. Sie beruhen auf sogenannten Adaten – mündlich überlieferten Normen, die verschiedene Bereiche des Lebens regeln. Kadyrow formulierte eine Reihe von Bestimmungen, die jedoch weder tschetschenischen noch islamischen Traditionen entsprechen, um die Frauen in Tschetschenien zu schikanieren und zu unterdrücken. „Es existieren die Scharia, die russische Verfassung und das tschetschenische ‚Adat‘ keines jedoch wird eingehalten“, formuliert es eine Betroffene. 2010/2011 wurde eine Reihe neuer Kleidungs Vorschriften eingeführt, die zwar der russischen Verfassung widersprechen, aber in Tschetschenien wie Gesetze befolgt werden sollen. Selbst Schülerinnen sind verpflichtet, Kopftuch und lange Beinkleidung zu tragen. Frauen, die sich nicht an die vom Präsidenten ausgegebene Kleiderordnung halten, werden beleidigt, zum „anständigen“ Anziehen gezwungen oder können sogar wegen Verstoßes gegen die „Familienehre“ getötet werden. Diese Kleidungs Vorschriften in Tschetschenien stehen ganz im Gegensatz zu der Tendenz in den Nachbarrepubliken Dagestan und Inguschetien, wo das Tragen „islamischer Kleidung“ dazu führen kann, dass die Trägerin verdächtigt wird, dem bewaffneten islamistischen Untergrund anzugehören. Dabei muss betont werden, dass die Frauen in Tschetschenien einen „bunten“ Hijab tragen müssen. Tragen sie den schwarzen Hijab der Salafistinnen, werden sie auf der Straße angehalten und bedroht. Bei einem Treffen mit Akteuren der Zivilgesellschaft brüstete sich Präsident Kadyrow damit, kurz zuvor selbst zwei schwarz gekleidete Frauen auf der Straße angehalten und ihnen ihr Handy weggenommen zu haben: „Wir werden die Wahabiten ausrotten, ob es nun Frauen oder Männer sind“, drohte er.

---

<sup>33</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/blogs/1233/posts/11206>.

Es gibt keine Statistik über die tatsächliche Anzahl von Frauen, die Opfer von Ehrenmord geworden sind. Laut dem Bericht von Swetlana Gannuschkina ist die Anzahl „sehr hoch“<sup>34</sup>. Ein Fall aus dem Ort Roschni Tschu vom Oktober 2012 wurde der *Gesellschaft für bedrohte Völker* bekannt: Eine junge Frau hatte einen Streit mit ihrer Schwiegermutter. Diese berichtete ihrem Sohn über den Streit. Der Sohn, der bei einem der Sicherheitsdienste arbeitete, kam nach Hause und erschoss die junge Frau. Er wird, so die Einschätzung straffrei ausgehen, da er in einer der Sicherheitsstrukturen arbeitet, die direkt dem Präsidenten zugeordnet sind.

Ein Hauptproblem ist die Einstellung des tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrow selbst und seiner Gefolgsleute zu Frauen, wie in folgendem Kadyrow-Zitat deutlich wird: „Eine Frau muss ihren Platz kennen (...). Die Frau muss das Eigentum sein. Und der Mann der Eigentümer. Bei uns sind Ehemann, Vater oder Bruder verantwortlich, wenn eine Frau sich nicht richtig verhält. Nach unserem Brauch wird sie von den Angehörigen ermordet, wenn sie fremdgeht. Manchmal kommt es vor, dass ein Bruder eine Schwester umbringt, ein Mann seine Ehefrau.“<sup>35</sup>

Der Zwang, ein Kopftuch und „angemessene“ Kleidung zu tragen, wird immer stärker ausgeübt. Ohne Kopftuch oder mit einem zu kurzen Rock zu erscheinen, ist inakzeptables Verhalten, das von tschetschenischen Männern oft nicht toleriert wird. Zur Abschreckung werden zum Beispiel Videos aufgenommen, auf denen Frauen verprügelt werden. Diese werden verbreitet, um Frauen Angst zu machen und ihnen zu zeigen, was mit ihnen passiert, falls sie sich nicht an „gesellschaftskonforme“ Regeln halten. Ein Beispiel: Im Herbst 2011 wandte sich eine Frau an die russische Menschenrechtsorganisation *Memorial*. Die Frau musste vor ihrem Bruder aus Tschetschenien fliehen, weil sie Angst vor der Rache der Verwandtschaft hatte. Ihr Bruder war ein Mitarbeiter Kadyrows und wird daher voraussichtlich bei Fehlverhalten nicht von der Miliz oder Staatsanwaltschaft belangt werden. Seine Schwester heiratete einen Russen, wechselte den Namen und ließ ihre Familie glauben, sie sei tot. Hilfe brauchte sie, da ihre jüngere Schwester ebenfalls der Gewalt des Bruders zum Opfer gefallen war. Der Bruder rasierte dieser jüngeren Schwester die Haare ab und kettete sie an eine Heizung an. Der Grund für diese Behandlung waren Gerüchte, sie wolle ihren Mann verlassen und sei damit eine Frau mit „schlechtem Verhalten“.

Wenn eine Frau Kadyrow selbst oder einem seiner Gefolgsleute gefällt, ist es fast sicher, dass sie von dem Betreffenden verfolgt wird. Allein im Oktober 2012 soll Kadyrow zwei Frauen geheiratet haben, einfach weil sie ihm gefielen. Auch auf eine dritte Frau hatte er ein Auge geworfen. Dieser gelang gemeinsam mit ihrem Vater die Flucht aus Tschetschenien.

---

<sup>34</sup> <http://www.unhcr.org/refworld/pdfid/4ff533d62.pdf>.

<sup>35</sup> <http://www.unhcr.org/refworld/pdfid/4ff533d62.pdf>.

Viele Familien verbieten ihren Töchtern oder jungen Schwestern, größere Feste zu besuchen, aus Angst, das Mädchen könnte einem Mann aus Kadyrows Truppe gefallen. So machen sich Kadyrows Leute einen Spaß daraus, Frauen zu sich zu locken und sich anschließend gegenseitig Videos und SMS zu schicken und vom unmoralischen Verhalten der Frauen zu berichten. Sehr oft wird die betreffende Frau danach von ihren Angehörigen getötet und als vermisst gemeldet.

Ein Fall zeigt die Problematik nochmals deutlich: Eine junge Frau, die zuvor von einem Mann, der Kadyrow nahe steht und einen hohen Rang bei der Miliz hat, vergewaltigt wurde, hat es geschafft, sein Handy zu stehlen. Sie fand dort die Privatnummer Kadyrows und rief ihn an, um ihn um Hilfe zu bitten. Daraufhin rief Kadyrow wütend beim Milizionär an und fragte ihn, „was ihm einfallen, einer seiner Huren zu erlauben, ihn anzurufen“. Kurz darauf wurde die junge Frau erschossen.<sup>36</sup>

Ein weiterer Fall: Anfang 2011 wandte sich Musa Chataev an *Memorial* und berichtete, seine Tochter Zulichan Musaeva, eine Lehrerin aus Grosny, sei entführt worden. Zuvor hatte er sich bereits an die Miliz gewandt. In den ersten drei Tagen nach der Entführung kamen SMS von Zulichan an. Sie hatte es geschafft, ihr Handy zu behalten, und sandte Bilder von der Umgebung des Hauses, in dem sie gefangen gehalten wurde. Doch die Miliz und die zuständigen Behörden unternahmen trotz dieser Informationen nichts, um sie zu finden. Zulichan schrieb in einer SMS, sie würde so lange gefangen gehalten werden, bis ihre Freundin Heda sich meldet. Die tschetschenische Sängerin Heda hatte das Pech, Ramzan Kadyrow zu gefallen. Als er erfuhr, dass sie aus Tschetschenien geflohen war, ordnete Kadyrow an, sie zurückzuholen. Um dies zu erreichen und ihren Aufenthaltsort zu ermitteln, war Zulichan entführt worden. Heda wurde in der Türkei gefunden, woraufhin Kadyrow ein Flugzeug mit ihren Verwandten nach ihr schickte. Sie zwangen Heda zurückzukommen - sonst drohe der ganzen Familie Gefahr. Zuhause angekommen, wurde sie eingesperrt. Und als ihre Freundin Zulichan freikam, haben ihre Eltern ihr verboten, mit Menschenrechtsaktivisten zu sprechen. Zulichan nahm ihre Arbeit als Lehrerin nicht wieder auf.

Wenn Frauen ihre Familie verlassen und aus Tschetschenien fliehen wollen, kommen erhebliche Probleme auf sie zu. Wenn man sich in einer neuen Stadt anmeldet, muss man seinen alten Wohnort angeben. Wenn die Frauen dies tun, erfahren die Angehörigen, vor denen sie eigentlich fliehen wollen, wo sie sich nun befindet. Das bringt die Frauen selbst, ihre Kinder und diejenigen, die ihnen Unterschlupf gewähren, in Gefahr. Also verzichten die Frauen auf die Anmeldung am neuen Wohnort, führen damit ein illegales Leben und haben

---

<sup>36</sup> <http://www.radulova.livejournal.com/2364562.html>.

keine Möglichkeit medizinische Versorgung zu erhalten, können weder eine Arbeit aufnehmen noch ihre Kinder in die Schule schicken.

Für Frauen mit Kindern, besonders wenn sich darunter ein Sohn befindet, ist die Lage noch heikler. Nach tschetschenischer Tradition „gehören“ die Kinder der Familie des Vaters. Selbst wenn ein Vater keinerlei Interesse an seinem Kind zeigt und dieses sich nicht in der Familie des Vaters befindet, ist dies für den Vater und seine Familie eine enorme Schande. Deswegen werden geflohene Frauen mit Kindern noch stärker verfolgt.

Am 05.07.2011 übergaben Mitglieder von *Memorial* Dimitri Medwedew, seinerzeit Präsident der Russischen Föderation, einen Bericht zur Lage der Frauen in Tschetschenien. Der Bericht wurde an Generalstaatsanwalt A. Buksman weitergeleitet. Doch der wies die kritische Bilanz, die darin gezogen wird, zurück: Der Bericht enthalte keine objektiven Daten, aus denen hervorgehen könnte, dass Menschenrechte der Frauen im Nordkaukasus massiv verletzt würden. Somit fehlt eindeutig der Wille, an der Lage der Frauen etwas zu verändern.

Wenn man nach den Gründen für diese Unterdrückung der Frauen forscht, die ja von ihren Männern und anderen männlichen Verwandten überwiegend mitgetragen wird, stößt man in Gesprächen mit Frauen aus der Region auf folgende Meinung: Während der Kriege hätten die Frauen für die Familien gesorgt und seien auch als Menschenrechtsverteidiger aktiv geworden. Noch heute seien es oft die Frauen, die die Familie ernährten, indem sie z.B. einen Marktstand betrieben oder die Landwirtschaft führten. Die Männer seien oft arbeitslos, konsumierten Alkohol und Drogen. Sie haben keine Aussichten für anständige Beschäftigung, viele leiden unter psychologischem Trauma des Krieges. Die soziale und wirtschaftliche Härte findet Ausdruck in der Aggression, die gegen das schwächste Glied der Gesellschaft, gegen die Frauen oder auch die Kinder richtet. Daher sei auch die Zahl häuslicher Gewaltanwendung in Tschetschenien massiv gestiegen.<sup>37</sup>

## 5.5 Arbeit von NGOs

In Tschetschenien gibt es keine Pressefreiheit. Seit einigen Jahren taucht Tschetschenien immer seltener in unseren Nachrichten auf. „Mangel an Informationen bedeutet nicht Fehlen von Ereignissen“, sagte Alexander Tscherkassow, Vorsitzender von *Memorial*.<sup>38</sup> Die Menschenrechtsverteidiger werden öffentlich diskreditiert und bedroht, so dass ihre Arbeit nur unter schwersten Bedingungen möglich ist. Jeder Nichtregierungsorganisation ist ein Mitarbeiter des FSB direkt zugeordnet. Wenn es in den Augen des Geheimdienstes zu einem

---

<sup>37</sup> Weitere Informationen: <http://www.hrw.org/node/97046/section/8>;  
<http://www.waynakh.com/eng/2011/08/sex-slavery-and-death-await-women-seized-by-kadyrovs-bandits/>;  
<http://jungle-world.com/artikel/2012/24/45642.html>.

<sup>38</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/210895/>.

Fehlverhalten kommt, werden die Betroffenen dann direkt zu diesem Mitarbeiter zitiert und dort systematisch bedroht. Offene Menschenrechtsarbeit ist nicht mehr möglich.

Am 24. Juni 2011 organisierte die Menschenrechtsorganisation *Komitee gegen Folter* in Grosny eine Mahnwache zum internationalen Tag der Unterstützung von Folteropfern. Nach nur einer Stunde wurde diese friedliche Demonstration von Polizeikräften aufgelöst. Die rund 40 Teilnehmer, sowohl Menschenrechtler als auch betroffene Zivilisten, wurden von Sicherheitskräften bedroht. Supian Baschanow, Leiter des Büros des Komitees in Grosny, wurde festgenommen und zur nächsten Polizeistation gebracht, wo er eine schriftliche Erklärung zu den Organisatoren der Mahnwache und deren Zielen abgeben musste. Wenige Stunden nach seiner Freilassung wurde er erneut einbestellt. Dieses Mal wurden er und sein Kollege Magomed Alamow drei Stunden lang auf der Wache festgehalten. Ranghohe Beamte bedrohten die beiden direkt und spekulierten über „staatsfeindliche Aktivitäten“ des interregionalen Komitees gegen Folter. Bei weiterer Kritik gegen den Polizeiapparat wurden verheerende Konsequenzen angedroht, so die beiden Menschenrechtler<sup>39</sup>.

Menschenrechtsorganisationen, die sich auf Frauenrechte spezialisiert haben, sind besonders in Gefahr. Sie müssen ihre Arbeit unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe leisten. Etliche von ihnen haben sich in einem Dachverband zusammengeschlossen, um weniger angreifbar zu sein und zu zeigen, dass sie für die tschetschenische Gesellschaft wichtige Arbeit leisten und Aufgaben übernehmen, die der Staat nicht erfüllt.

## 6. Inguschetien

### 6.1 Einleitung

Obwohl die Zahl der Anschläge und Antiterroroperationen in Inguschetien zurückgegangen ist, kann von Sicherheit keine Rede sein. Nach Angaben von *Caucasian Knot* sind in Inguschetien 2011 mindestens 108 Menschen Opfer des bewaffneten Konflikts geworden, 2010 waren es 326 Personen.<sup>40</sup> Wie in Tschetschenien und in Dagestan ist die Bevölkerung von Entführungen, Folter und Willkür der Sicherheitsbehörden betroffen. Antiterroroperationen werden gegen den illegalen bewaffneten Untergrund durchgeführt. Dieser „Untergrund“ ist jedoch weiter sehr aktiv. Inguschetien ist eine sehr kleine Republik mit nur circa 420.000 Einwohnern. Die Gesellschaft ist wie in Tschetschenien in Teips eingeteilt, die mehrere Familien vereinen. Daher findet jedes Ereignis, besonders Antiterroroperationen und außergerichtliche Tötungen, große öffentliche Resonanz. Präsident Jewkurow wird für seine Offenheit und Erreichbarkeit für jeden Bürger

---

<sup>39</sup> <http://gfbvberlin.wordpress.com>.

<sup>40</sup> <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/198680/>.

Inguschetiens gepriesen. Die Kritiker seiner Politik wie die Vertreter der oppositionellen Organisation Mekh-Khel betonen jedoch, dass schwere Menschenrechtsverletzungen seit der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Murat Sjasikow andauerten.

Am 23. August 2012 wurde der Mitarbeiter des Innenministeriums Ruslanbek Agaev entführt. Ruslanbek wurde auf dem Weg von der Arbeit nach Hause von drei maskierten Bewaffneten in Kampfanzügen überfallen. Die Entführer versuchten, das Opfer in ein Auto zu zwingen. Ruslanbek wehrte sich. Während des Handgemenges stieg eine vierte Person aus dem Wagen und schlug Ruslanbek auf den Kopf. Das Auto mit dem bewusstlosen Opfer verschwand in unbekannter Richtung. Bis Drucklegung dieses Reports wussten seine Eltern nicht, wo Ruslanbek festgehalten wird.

Die Sicherheitsorgane in Inguschetien, Tschetschenien und in der Republik Nordossetien sind eng miteinander verknüpft. An Antiterroroperationen in Inguschetien und Tschetschenien können beispielsweise die Organe aus den beiden Republiken beteiligt sein. Diese konkurrierende Zusammenarbeit führt zu einer Verantwortungsverschiebung bei Menschenrechtsverletzungen, die von den Sicherheitsorganen begangen werden. So werden für Entführungen in Inguschetien die Sicherheitsorgane aus Nordossetien verantwortlich erklärt. Die Streitigkeiten zwischen den Sicherheitsorganen hatten Ende August 2012 offensichtlich ihr Echo in einem öffentlich ausgetragenen Streit zwischen den Präsidenten Jewkurow und Kadyrow. Die beiden Männer hatten in den Medien die Vernichtung von zwei Untergrundkämpfern im Dorf Galaschki als jeweils eigenen Verdienst bezeichnet. Den widersprüchlichen Aussagen folgten gegenseitige Beschuldigungen. Kadyrow kritisierte Jewkurows Kampf gegen den Terrorismus als ineffizient. Ende August verkündete der Tschetschene, dass das Problem der Grenzziehung zwischen den Republiken auf föderaler Ebene gelöst werden sollte. Objekt des Streits sind zwei Kreise, die von beiden Seiten als jeweils eigenes Territorium angesehen werden. Die kaukasische Blogosphäre warnt vor der Übertragung des persönlichen Streits der Präsidenten auf die politische Ebene, was zur Polarisierung zwischen den Wainachen<sup>41</sup> in Tschetschenien und Inguschetien führen könnte.<sup>42</sup>

## 6.2 Antiterroroperationen

Obwohl die Sicherheitslage in Inguschetien im Vergleich zu früheren Jahren als bedeutend stabiler eingeschätzt wird, fanden 2011 und 2012 regelmäßig große Antiterroroperationen statt.

---

<sup>41</sup> Tschetschenien und Inguschen gehören zur ethnischen Gemeinschaft der Wainachen, die Gemeinsamkeiten in der Kultur, Sprache und Geschichte teilen.

<sup>42</sup> <http://zakri-tsurov.livejournal.com/76799.html#cutid1>.

Am 28. August 2012 wurden mehrere Dörfer und Häuser durchsucht, mehrere Personen wurden verhaftet. Große Mengen an Waffen, Munition und Sprengstoff sollen konfisziert worden sein. Die Sicherheitsbehörden gaben an, dass vier Terroristen bewaffneten Widerstand geleistet hätten und deshalb getötet wurden. Die vier Familien der Getöteten bezeugen jedoch einen anderen Ablauf: Demnach sollen morgens Panzer und bewaffnete maskierte Männer vor dem Haus gestanden haben. Sie hätten sich nicht ausgewiesen und seien unter dem Vorwand, die Pässe überprüfen zu wollen, ins Haus eingedrungen. Nachdem sie die Pässe kontrolliert hatten, forderten sie mit Ausnahme des in Verdacht stehenden „Terroristen“ alle auf, das Haus zu verlassen. Die Familie durfte das Haus mehrere Stunden nicht betreten. Nur aus den Nachrichten hat sie erfahren, dass ihr Sohn getötet worden sei, weil er bewaffneten Widerstand geleistet habe.

Die Bevölkerung sieht in den Erklärungen „getötet bei einem Zusammenstoß“ oder „vernichtet bei einem Angriff auf die Behörde“ eine gängige Praxis der Sicherheitsbehörden, außergerichtliche Hinrichtungen durchzuführen nach dem Motto „kein Mensch, kein Problem“. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Unparteilichkeit der Behörden und Unabhängigkeit der Justiz ist erschüttert.

### **6.3 Entführungen**

Die Familien der Entführten und Getöteten stießen in persönlichen Gesprächen mit Präsident Jewkurow auf wenig Verständniss für ihre Probleme. Durch Mahnwachen in der Hauptstadt Moskau wollen sie die Probleme in die Öffentlichkeit tragen.

Am 3. und 4. Oktober 2012 protestierte Salman Ugurtschiew vor dem Gebäude der Staatsduma in Moskau. Über 20 Inguschen sind seinem Beispiel gefolgt und haben Einzelmahnwachen organisiert. Die Protestierenden sind Familienangehörige der Entführten in Inguschetien. Salmans Sohn Akraman Ugurtschiew wurde mit seinem Freund Umalat Bersanow am 23. August 2011 im Dorf Ordschonikidzewskaja entführt. Salman war mit seinem Auto unterwegs. Vor dem Haus Umalats wurde er von zwei anderen Autos mit abgedunkelten Scheiben überholt und angehalten. Maskierte aus den Autos schlugen Akramat und Umalat mit einem Metallstück auf den Kopf. Als die Männer bewusstlos waren, wurden sie in ein Auto gezerrt. Seitdem hat die Familie keine weiteren Informationen erhalten.

Abubakar Ewloew und Isa Bulgutschew wurden am 27. Dezember 2011 in Magas entführt. Nach Informationen der Bewohner der Ortschaft überfielen Maskierte die beiden in der Nacht in dem Gebäude einer Baufirma, wo Abubakar in seiner Arbeitsstelle Nachtwache hielt. Isa war in dem Gebäude, um Abubakar zu besuchen. Isas Wagen, der ebenfalls am Entführungsort verschwunden war, tauchte einen Tag später am Dorfrand von Ali-Jurt auf. Sämtliche Versuche der Verwandtschaft, den Aufenthaltsort der Entführten

festzustellen, blieben erfolglos. Seit diesen Ereignissen gibt es über das Schicksal der Entführten keine bestätigten Informationen.<sup>43</sup>

Wie viele andere Eltern auch, wandte sich Tzurowa Teisarat in einem offiziellen Schreiben an Präsidenten Jewkurow mit der Bitte um Hilfe. Ihr Sohn Mowsar Tzurow wurde am 5. Februar 2011 in Nasran entführt. An dem Tag war Mowsar mit seinem kleinen Neffen unterwegs zum Einkaufen. Augenzeugen berichteten von Unbekannten in mindestens zwei Autos, die den Mann gekidnappt hatten.

Regelmäßige Entführungen und Verschwinden von Menschen sind für Inguschetien seit 2002 charakteristisch. Die Organisation „Mashr“ hat 2011 insgesamt 19 Fälle von Entführungen dokumentiert.

#### **6.4 Anschläge und Attentate**

Am 19. August 2012 sprengte sich ein Selbstmordattentäter in Malgobek in die Luft. Der Vorfall ereignete sich während der Beerdigung eines Polizisten, der am Vortag bei einem Feuergefecht ums Leben gekommen war. Bei dem Attentat fanden acht Menschen den Tod, 15 wurden verletzt, vier von ihnen schwer. Präsident Junusbek Jewkurow kündigte eine dreitägige Staatstrauer an.

Wie in Dagestan sind auch in Inguschetien Geschäfte und Restaurants Ziele von Anschlägen. Seit März 2012 hat *Caucasian Knot* fünf Explosionen und einen Übergriff registriert. Tatverdächtig sind sowohl Angehörige des bewaffneten Untergrunds als auch radikale „zivile“ Gläubige. Internetseiten des bewaffneten Untergrunds verurteilen den Verkauf von Alkohol und rechtfertigen Anschläge auf Läden, in denen Alkohol und Tabak verkauft werden. Eine andere Version besagt, dass die Besitzer der angegriffenen Geschäfte sich geweigert hätten, Schutzgeldzahlungen zu leisten.

Die religiöse Öffentlichkeit ist alarmiert über die Zunahme von Alkohol- und Drogenkonsum unter Jugendlichen. Im Juli 2012 schlug der republikanische Rat der Imame eine Gesetzesinitiative vor, die den Verkauf von beiden Waren komplett aussetzen sollte. Die Initiative fand keine Unterstützung beim Präsidenten, der auf den säkularen Charakter der Republik verwies. Den Kampf gegen Alkoholkonsum führt ein Teil der Bevölkerung mit radikalen Mitteln.

Am 28. Juni 2012 sprengte ein Unbekannter in Nasran einen Supermarkt in die Luft. Der Täter trat gegen 22 Uhr in das Geschäft und forderte alle auf, es zu verlassen. Er hinterließ

---

<sup>43</sup> [http://www.mashr.org/?page\\_id=4196](http://www.mashr.org/?page_id=4196).

ein Paket und verschwand in seinem Auto. Zwei Männer und eine Frau wurden durch die Explosion schwer verletzt. Das Geschäft wurde komplett zerstört. Am 7. Juni 2012 waren hier schon einmal zwei Bomben entschärft worden.

## 6.5 Außergerichtliche Hinrichtungen

Außergerichtliche Hinrichtungen sind das Hauptthema der Menschenrechtler und der Zivilgesellschaft in Inguschetien. Sie sind besonders schwer aufzuklären. Die Täter können dem Militär oder den Sicherheitsorganen angehören oder Mitarbeiter von Sondereinheiten sein. Am 28. Juli 2012 wurden im Ort Ordschonikidsewskaja in einer Antiterroroperation Artur Karsmauli, Magomed Khauri und Islam Tatschiew getötet. Laut offiziellen Quellen versuchte die Polizei, die verdächtigen Terroristen im Gebäude der Universität festzunehmen. In einem Schusswechsel starben die drei Männer. Die Polizei fand Pistolen am Tatort. Mittlerweile berichten Augenzeugen jedoch einen anderen Tathergang: Artur, Magomed und Islam hielten sich auf dem Weg zur lokalen Moschee kurz auf dem Universitätshof auf. Gegen 22 Uhr wurden sie von Angehörigen der Sicherheitskräfte überfallen. Es wurde gezielt und ohne Vorwarnung auf die Männer geschossen. Die Sicherheitskräfte steckten die Leichen in Kampfanzüge, platzierten Waffen neben die Toten und fotografierten und filmten diese „Szenerie“. Am nächsten Tag erhielten die Familienangehörige die Leichen zur Beerdigung nur unter dem Vorbehalt, dass sie den Sicherheitsorganen gegenüber keine Ansprüche geltend machen würden.

Am 19. April 2011 wurde in Inguschetien an der Grenze mit Tschetschenien die Leiche von Ilez Gortschchanow gefunden. Der Leichnam wies Folterspuren auf. Ilez war zum letzten Mal am 20. März 2011 in Nasran gesehen worden. Die Entführer fuhren drei Autos und waren alle maskiert. Als Ilez an der Bushaltestelle aus seinem Auto ausstieg, wurde er angegriffen und in ein Auto gezwungen. Am 23. März forderten die Teilnehmer einer unangemeldeten Demonstration in Nasran Aufklärung über das Schicksal des Entführten. Iles Bruder behauptete, dass die Autos der Entführer als Eigentum der Sicherheitskräfte identifiziert worden seien. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst. einige Teilnehmer wurden festgenommen.

## 7. Quellen

### Internetseiten:

<http://www.youtube.com/watch?v=3dCSIDcWEXA>

[http://www.mashr.org/?page\\_id=4196](http://www.mashr.org/?page_id=4196)

<http://www.hrw.org/node/97046/section/8>

<http://www.waynakh.com/eng/2011/08/sex-slavery-and-death-await-women-seized-by-kadyrovs-bandits/>

<http://jungle-world.com/artikel/2012/24/45642.html>

<http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/198680/>

<http://www.chechenombudsman.ru>

**Blogs:**

<http://zakri-turov.livejournal.com/76799.html#cutid1>

<http://www.radulova.livejournal.com/2364562.html>

<http://www.kavkaz-uzel.ru/blogs/1233/posts/11206>

<http://trislam.livejournal.com>

<http://kadievasul.livejournal.com>

**Berichte:**

<http://www.memo.ru/uploads/files/868.pdf>

<http://www.unhcr.org/refworld/pdfid/4ff533d62.pdf>

[http://www.ecoi.net/file\\_upload/90\\_1341385356\\_accord-bericht-coi-workshop-frauen-in-tschetschenien-2012-07-04.pdf](http://www.ecoi.net/file_upload/90_1341385356_accord-bericht-coi-workshop-frauen-in-tschetschenien-2012-07-04.pdf)

<http://www.hrw.org>

## **8. Anhang: Interview mit Oleg Orlov zum NGO-Gesetz, erschienen in der *Novaja Gaset*, 18.10.2012**



**„Wir werden uns niemals als Auslandsagenten erklären.“**

**Oleg Orlov über Memorials Haltung: Nichtanerkennung illegaler Gesetze**

*Gemeinnützige Organisationen in Russland werden im Würgegriff gehalten. Atmung: Unregelmäßig. Einer der ersten, die den Würgegriff zu spüren bekamen, waren die russischen Menschenrechtsaktivisten. All die schrecklichen Gesetze bezüglich der Gemeinnützigen Organisationen, Extremismus, Aufmärsche und Auslandsagenten und die Blockierung ausländischer Finanzierung machen ihr Leben unerträglich.*

*Aber: Je stärker der Druck durch die Regierung, desto stärker der Wille, sich zu widersetzen. Je stärker die Verbote, desto bedeutender die verlorene Sache. Darüber hinaus sind die ansteigenden Vergeltungsmaßnahmen gegen die Menschenrechtsbewegung in Russland zwingender Beweis dafür, dass die dortige Regierung sie als einen gefährlichen Gegenspieler ansieht, meint ein selbstbewusster **Oleg Orlov**, Mitglied des Vorsitzes von International Memorial und Mitglied des Rates des Memorial-Menschenrechtszentrums. **Vitaly Yaroshevsky** sprach mit ihm.*

**Oleg Petrovich, warum weigert sich Memorial, sich als Auslandsagent zu registrieren? Ist es für Sie ein Schuldgeständnis?**

Wir weigern uns, weil wir niemandem Lügen erzählen wollen- weder der russischen Gesellschaft, noch den Behörden. Wir sind keine Agenten ausländischer Organisationen. Was ist ein Agent? Es ist ein Individuum oder eine Rechtsperson, die jemandes Anweisungen ausführt, jemanden repräsentiert. Wir haben nie Anweisungen ausgeführt, abgesehen von denen, welche wir von unserer Hauptversammlung und den auserwählten Organen unserer Organisation erhalten haben. Wir sind wirklich eine sich selbstregulierende Organisation, die im Rahmen des Gesetzes arbeitet.

Welchen Interessen dienen wir? Den Interessen der russischen Bevölkerung. Dienen wir einem ausländischen Auftraggeber, indem wir Polizisten, die der Folter schuldig sind, zu Gericht bringen? Sicherlich nicht. Wir tun dies im Interesse der bestimmten Person, die gefoltert wurde. Und welchem Interesse dienen wir, indem wir Rechtsstaatlichkeit schützen? Dem Interesse Russlands. Deshalb können wir keine Auslandsagenten sein; daher müssen wir uns auch nicht als solche registrieren.

**Aber das Gesetz ist etabliert und Ihre Nicht-Einhaltung kann als legaler Nihilismus betrachtet werden. Oder betrachten Sie solche Gesetze als einer Einhaltung unwürdig?**

Genau so ist es, dieses Gesetz beinhaltet einen Artikel, der Sanktionen für eine Nicht-Einhaltung verhängt: Von drakonischen Bußgeldern, die jegliche Organisationen zum Bankrott führen können bis hin zu Strafbarkeit einer bestimmten Person (bis zu zwei Jahre Gefängnis). Wie dem auch sei, wir finden es unmöglich, sich nach diesem Gesetz zu richten. Dies verhält sich so, da dies Teil einer ganzen Serie von gegenwärtigen Beschlüssen ist, die von Rechtsnormen abweichen.

Außerdem stellt es einen Bruch der Verfassung des Landes dar. Und sie sind uneins mit einer Zahl von internationalen Abkommen, welche Russland freiwillig unterzeichnet und seine Bereitschaft zu beobachten gegeben hat. Ein bekannter Fall ist der Staatsbeamte einer bestimmten Nation, welcher das Gesetz zitierend sagte: „Wir haben gegen nichts verstoßen! Wir befolgten die Gesetz, indem wir sie in der Praxis anwandten. Und wenn das der Grund für den Tod unschuldiger Personen ist, ist das nicht unser Fehler.“

Die Beamten und Richter welche diese Gesetze ausführten, wurden bestraft; die Regierung für die sie gearbeitet hatten, war Nazideutschland. Nach 1945 fanden die Nürnberger Prozesse statt (für Kriegsverbrecher), aber es fanden noch eine Reihe weiterer Prozesse statt, die Teil einer Entnazifizierung Deutschlands waren und in denen die Richter, welche unter den Gesetzen der Nazis Urteile fällten, selbst verurteilt wurden. Es gibt als Präzedenzfälle illegalen Rechts.

**Memorial versucht das Gesetz über ausländische Agenten vor Gericht zu bekämpfen. Aber vor allem Sie sollten doch wissen, wie die russische Justiz operiert: Sollte ein Befehl von oben gegen Rebellen wie Sie gegeben werden, wird er befolgt werden. Beispiele sind reichlich vorhanden. Was versprechen Sie sich?**

Ich habe keine Zweifel: Wenn ein Befehl gegeben wurde, wird jede Entscheidung, welche die Verantwortlichen zufriedenstellt, weitergegeben. Trotz dessen gibt es internationale Gegenmittel gegen Machtmissbrauch, zum Beispiel den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir haben einige Ideen, wie wir auf internationale Gegenmaßnahmen als eine präventive Maßnahme zurückgreifen können. Und wir werden diese erkunden, sobald die Vorschriften, voraussichtlich durch das Justizministerium, etabliert sind, in denen die Maßnahmen aufgeführt werden.

Falls wir illegalen Sanktionen aufgedrückt bekommen, wird das bedeuten, dass wir vor der ganzen Welt und der russischen Gesellschaft abgestempelt und „ausgeschaltet“ werden.

Das ist der Preis, den unsere Behörden zahlen werden müssen; er wird hoch sein. Wir erwarten auch eine Rechnung des Schlachters zu bekommen. Das Schlimmste an der ganzen Sache ist, dass wir Verpflichtungen haben und wenn wir „suspendiert“ werden, wird es uns nicht mehr möglich sein, gewisse Personen zu schützen. Das ist ein schwieriges und schmerzhaftes Problem.

Als Menschenrechtswächter sind wir beauftragt, nicht nur die Rechte spezifischer Bürger zu schützen, welches zwar unsere höchste Priorität ist, sondern auch den Rechtsgrundsatz als solches zu schützen - das Abrutschen des Establishments in einen autoritären Polizeistaat zu verhindern. Das ist unsere höchste Priorität. Jegliche Gerichtsverfahren gegen Memorial sind nichts mehr als eine Kanzel für uns. Wir haben da eine Möglichkeit, der russischen Bevölkerung aufzuzeigen, wohin sie von den Behörden gedrängt werden.

**Sie sprachen über den Preis, den die Institution eventuell zahlen muss dafür, dass sie Druck auf die Menschenrechtswächter, besonders Memorial, ausübt. Was ist dieser Preis?**

Zuerst ein Gesichtsverlust, definitiv eine Entlarvung jeglicher Äußerungen, dass die Behörden innerhalb eines Gesetzes handeln und dass sie ihre eigene, sogenannte souveräne Demokratie aufbauen.

Das ist die Entlarvung des Mythos, dass unsere Behörden innerhalb des demokratischen Systems bleiben. Dies ist definitiv eine weitere Delegitimierung des Establishments in Augen unserer Bevölkerung, besonders unserer Bevölkerung, muss ich hervorheben. Und es ist ein gewisser Druck von außen, bis hin und inklusive eines internationalen Boykotts Russlands als Staat, der bewusst seine Verpflichtungen missachtet.

Es gibt desweiteren einen spezifischen Preis - in Euro. Mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (ECHR) werden wir die russische Regierung dazu zwingen, bestimmten Menschenrechtswächtern Entschädigungen zu zahlen. Die Schäden werden alles beinhalten: Aufhebungen von Einsätzen, Verluste durch die Bußgelder, die wir zahlen sollen und nicht-monetäre Schäden für Verfolgung. Ich hoffe, dass jede Organisation, gegen die dieses Gesetz angewendet wurde, eine Anklage vor dem Europäischen Gericht gewinnt und Russland spezifische und sehr hohe Entschädigungen zu zahlen hat.

**Stimmt es, dass Memorial Geld von der russischen Regierung erhält? Beißen Sie die Hand, die Sie füttert?**

Ja, letztes Jahr hat Memorial öffentliche Gelder bei einer öffentlichen Ausschreibung für gemeinnützige NGOs erhalten, um einen methodologischen Rahmen für Regulierungen, Anwendersoftware und einen einzigen Datenbestand der Opfer der politischen Repression in der UdSSR herzustellen. Der Zuschuss wird im Oktober enden.

Für den Schutz der Menschenrechte haben wir bislang kein Geld vom Staat erhalten. Aber wir möchten jetzt versuchen, welches zu erhalten. Und warum nicht? Erstens ist das kein Geld aus Putins Tasche - das sind öffentliche Gelder, d.h. Gelder der russischen Bürger, deren Interessen wir dienen. Zweitens sehe ich die Unabhängigkeit unserer Organisation nicht durch die Herkunft der Gelder bedroht, solange sie legal ist. "Wes Brot ich ess', des Lied ich sing", sagen unsere Kritiker. Aber ich habe immer daran geglaubt, dass es von denjenigen behauptet wird, die der Logik dieses Spruchs folgen. Weder wir noch unsere Kollegen der russischen Menschenrechtsbewegung haben sich jemals diese Philosophie zu Eigen gemacht.

**Man bekommt den Eindruck, dass die Worte „Schutz der Menschenrechte“ heute ebenso wie „Demokratie“, „die Intellektuellen“ und „Universelle menschliche Werte“ als**

**Schimpfwörter abgetan werden... Finden Sie nicht, dass Sie gegen Windmühlen kämpfen? Eine weitere Frage: Wenn Sie persönlich danach gefragt werden, eher der Gesellschaft statt Ihren Kampfgefährten über Ihren Fortschritt in der Verteidigung der Menschenrechte zu berichten, was würden Sie besonders betonen?**

Nun, zunächst einmal kämpfen wir nicht gegen Windmühlen. Wir sind eine eindeutige und unmittelbare Bedrohung für diejenigen, die Russland zu einem Polizeistaat machen wollen. Die blanke Tatsache, des enormen Drucks, welcher von der Institution auf Menschenrechtsaktivisten ausgeübt wird, spricht Bände über unsere Leistungen. Es bedeutet, dass wir keine Schwächlinge sind. Es ist etwas anderes, dass Menschenrechtsaktivisten als ein Feind porträtiert wird, der die Wurzeln der russischen Souveränität attackiert. Übrigens ist das Gesetz über ausländische Agenten nur ein weiterer Baustein dieser Politik.

Von welchem Erfolg können wir berichten? Wissen Sie, wir haben leider keine besonderen Erfolge in den letzten Jahren mit denen wir prahlen können. Wir kämpfen symbolisch gesprochen, in einem Grabenkrieg, verteidigen Straße um Straße in der Stadt des Gesetzes.

Memorial und unsere Kollegen haben einige Fälle zum Beispiel im Kampf gegen Polizeigewalt. Wer zeigt die Notwendigkeit für einen echten Kampf gegen solche Brutalitäten auf nationaler Ebene auf? Nicht zuletzt Menschenrechtsorganisationen. Die von uns gesammelten Beweise, die öffentliche Offenlegung und die gewonnenen Prozesse haben nationale Anführer dazu gezwungen, ihre Auffassung zu ändern. Ohne den Druck der Menschenrechtsaktivisten hätte Medvedev nicht die MVD [Innenministeriums]-Reform eingeführt. Ja, wir erkennen jetzt, dass es eine Scheinreform war, aber es wurde ein Trend gesetzt. Und dies ist wichtig: Menschen haben gesehen, wie die Behörden jeglichen Fall, der nicht in ihrem Interesse ist, unterdrücken können!

Nachdem die tödliche Folter im Kazan OVD [Abteilung für interne Angelegenheiten] bekannt wurde, schickte eine Koalition von Menschenrechtsorganisationen dem Ermittelnden Ausschuss Russlands einen zusammenfassenden Bericht die Folter an Polizeistationen im ganzen Land. Wir sagten, dass die Kazan-Affäre unter keinen Umständen als „einzelner Defekt“ behandelt werden kann, sondern dass ein gut funktionierendes Foltersystem am Werk ist, weswegen die MIA-Reform nicht nur auf eine Neugliederung des Polizeiapparates angewandt werden kann.

Es ist nötig, der Straflosigkeit für der machtausübenden Behörden generell ein Ende zu setzen: Diese sind FSIN [Bundesgefängnis-Behörde], Gosnarkokontrol [Bundesbehörde für die Kontrolle des Drogenhandels] und nicht zuletzt den Behörden der inneren Angelegenheiten. Wir schlagen vor, dass das SKR [Russisches Ermittlungs-Komitee] an seinem Hauptsitz und an regionalen Zweigstellen spezielle Einheiten einrichtet, die Folter ausmerzen. Wir schienen erhört zu werden; sogar ein wenig Euphorie war spürbar.

Der ermittelnde Ausschuss teilte uns sofort mit, dass solch eine Funktion schon bestand. Aber was haben sie aus einer edlen Sache gemacht? Ja, solche zugeordneten Einheiten werden in allen Bundesbezirken eingesetzt. Jede Einheit wird eine Nummer an Investoren in einem Bereich haben. Aber das ist ein Witz: Das ist weniger als einen Ermittler pro Teilgebiet der Föderation. Das ist klar und einfach Betrug. Dennoch werden wir die Behörden zum Handeln zwingen. Wir werden keine Pause machen; wir werden den Druck aufrecht erhalten.

**Sie berufen sich häufig die russische Bevölkerung auf. Können Sie es in „die wilden 90er“ und in „die sicheren Nuller“ einordnen?**

„Die wilden 90er“ waren sehr unterschiedlich. In der ersten Hälfte der 90er hatte die Gesellschaft Hoffnung. Menschen wurden Teil des sozialen und politischen Lebens und fühlten sich selbst als Bürger. Der Zusammenbruch kam, soweit ich weiß, sehr schnell - 1993: Der kleine Bürgerkrieg in Moskau, der Beschuss des Parlamentsgebäudes... Einige der Liberalen feierten zu der Zeit ihren Sieg: „Gott sei Dank wurden die Rot-Braunen (die Roten und die Braunhemden) niedergemacht!“ Tatsächlich hatte eine dritte Kraft profitiert - die Bürokratie. Sie erbeutete die Nation ein hielt die Demokraten von der Macht fern.

Die zweite Hälfte der 90er sah die Gesellschaft in einem Zustand der Erstarrung, verlorenen Einflusses und eines raschen Verfalls. Diese Welle brachte die Amtsinhaber an die Macht. Die Menschen schlossen einen Pakt mit dem Teufel: „Wir werden uns nicht in die sozialen und politischen Prozessen einmischen, wir werden uns in unser Privatleben zurückziehen; lasst uns nur in Ruhe und verteilt die Ölgewinne.“

Jetzt ändert sich die Gesellschaft jedoch vor unseren Augen. Um ehrlich zu sein hatte ich keine Hoffnung auf solch eine Veränderung. Zu einem großen Teil sind sie durch den Einzug einer neuen Generation herbeigeführt worden. Sie werden unterschiedlich genannt: „Wütende Stadtbewohner“, „kreative Klasse“, was immer Sie wollen. Aber es ist die neue Generation, die das Land radikal ändert und das eindeutig zum Besseren.

**In welcher Beziehung steht die Menschenrechtsgemeinde zu dieser Generation?**

Bis vor Kurzem war ganz traditionelles Weinen und Zähneknirschen von der Menschenrechtsgemeinde zu vernehmen: „Die jungen Menschen kommen nicht zu uns; sie sind irgendwo dort draußen und wir sind hier! Wir müssen die jungen Menschen in die Gemeinde bringen.“ Vielleicht war ich eine Ausnahme, aber ich habe immer gesagt, dass Memorial damit generell kein Problem hat. Das Menschenrechtszentrum hat niemals einem Mangel an jungen Leuten entgegenblicken müssen. Und nach den Demonstrationen auf dem Bolotnaya-Platz waren es sogar noch mehr, so dass Memorial sich jetzt - Gott sei Dank - in das Forum entwickelt, welches es sein sollte. Und Menschenrechtsaktivisten müssen keine

Mentoren sein. Einige der Kollegen sind zähe Kämpfer: Warum sind wir seit jeher in der demokratischen Bewegung involviert; wir werden Euch jungen Leuten zeigen, wo's langgeht... Und die jungen Menschen antworten: „Wer seid ihr? Wir kennen euch überhaupt nicht.“

**Die Behörden behandeln Menschenrechtsaktivisten wie lästige, aber ungefährliche Fliegen. Und Menschenrechte sind nichts als heiße Luft für solche Behörden. Kann man mit ihnen in einen Dialog zu treten?**

Der Eindruck, dass Behörden uns wie lästige jedoch harmlose Fliegen behandeln, war tatsächlich der Fall. Wir haben fast unser Herz verloren: Wir scheinen zu versuchen, das Meer mit einem Teelöffel zu leeren. Wir retten eine Person und in der Zwischenzeit werden zehn weitere unter erdichteten Anklagen eingesperrt. Aber ich wiederhole, die aktuellen massiven Angriffe gegen Menschenrechtsaktivisten ist Ausweis des Gegenteils: Fliegen, ja, lästig, ja, aber auch gefährlich. Und keine Fliegen, sondern Wespen...

Zum Dialog mit den Behörden: Wenn wir die Menschenrechte schützen wollen, muss er sein. Die Frage ist, wie dieser Dialog aussehen soll. Er kann im Knien durchgeführt werden, den hohen und mächtigen Apparatschik eine Petition zustellend; oder man kann mit ihnen auf gleicher Augenhöhe sprechen.

Daher zum Beispiel der große Streit in unserer Gemeinschaft um die Teilnahme von Menschenrechtsaktivisten am Russischen Präsidentiellen Rat für Menschenrechte. Ist es ein Dialog oder nicht? Meiner Meinung nach ist es eine Täuschung - besonders mit dem amtierenden Präsidenten an der Spitze. Aber es gibt einen anderen Standpunkt. Einige der Kollegen möchten leider gerne an dem Rat teilhaben. Sie sehen es als Möglichkeit an, bestimmten Menschen zu helfen, Behörden über die Stimmung in der Gesellschaft zu informieren und die Behörden unter bestimmten Bedingungen zu kritisieren. Das werden sie wahrscheinlich erreichen. Aber dadurch machen sie einen schweren Fehler: Sie befürworten einen Scheindialog. Ich bin für Dialog, aber einen echten Dialog zwischen Gleichgestellten.

**Das Land wird von Tschekisten geführt. Ich habe sogar folgende Zahlen gesehen: Von 1200 Staatsbeamten der Kategorie A sind 800 Ex-KGB/FSB (korrigieren Sie mich wenn ich falsch liege). Sie sind überall: Auf dem Präsidentensitz, als Leiter machtausübender Agenturen, in staatseigenen Kooperationen, privaten Firmen, Banken, GUPs (Staatseinheitsunternehmen) and MUPs (Gemeindeeinheitsunternehmen)... Was denken Sie, ist diese besondere Operation dazu gedacht ist, jene „Brüder des Schwertes“ in die Machtstruktur einzusetzen abgeschlossen oder läuft sie noch weiter?**

Ich denke, es endete mit den „ruhigen Nullern.“ Die tschekistische Sicht darauf, wie ein Land geführt werden sollte, wurde recht erfolgreich durchgesetzt, und diese inmitten des lästigen Schnatterns, dass sie „dem knienden Russland wieder aufhelfen.“ Ressourcen und Macht

sind in ihren Händen. Keine Prüfungen oder Gleichgewichte, auch keine Rechenschaft, nur ein grenzenloses Meer von Möglichkeiten für Korruption und Profite. Träume werden wahr... Und auf einmal werden sie von hunderttausenden von Unzufriedenen in die Ecke getrieben.

**Das erinnert mich an etwas: Putin hat einmal Journalisten von einer Ratte erzählt, die ihn attackierte, nachdem er sie in die Ecke getrieben hatte. Dieser Vorfall aus seiner Kindheit hat einen bleibenden Eindruck auf den russischen Präsidenten hinterlassen. Zitat: „Ich verstand nun ein und für allemal, was es heißt, „in die Ecke gedrängt zu werden“.**

Ja, das ist der Punkt der jetzigen Situation. Das lässt eine Frage aufkommen: Wie kommt man aus der Ecke raus? Die Antwort der Tschekisten: Trotzig einen Polizeistaat errichten. Nach einiger Verwirrung begann das Establishment, ein neues Modell der Selbsterhaltung zu errichten, und dieses Modell ist offenkundig die Herrschaft der Polizei.

**Von Seiten der Menschenrechtsaktivisten sind immer häufiger Vorwürfe an den Westen zu hören, vor der Situation in Russland zu verschließen. Glauben Sie auch, dass „wir nicht länger auf die Hilfe des Westens zählen können“ (eine Paraphrase aus [dem satirischen Roman] „Die zwölf Stühle“ von Ilf und Petrov)?**

Der Westen kann nicht unsere Probleme lösen. Er kann nur die Entstehung einer Zivilgesellschaft erleichtern, uns helfen, Repression zu widerstehen. Das, glaube ich, ist eine direkte und heilige Pflicht. Und für eine Veränderung zu kämpfen ist allein unsere Pflicht.

Allerdings stimme ich zu, dass die Antwort des Westens auf das, was in Russland passiert zurückhaltend, manchmal heuchlerisch ist. Das Verhalten einiger westlicher Regierungen ist schändlich. Ihre Hauptinteressen sind Öl, Gas und Investitionen, wofür sie bereit sind, eine Menge zu opfern. Nehmen Sie zum Beispiel den Dialog zu Menschenrechten zwischen der EU und Russland. Russische Menschenrechtsaktivisten waren enthusiastisch. Wir dachten es handele sich um ein Forum. Aber die russische Parteilinie sah keinen Platz für Menschenrechtsaktivisten am Tisch vor. Ok. Dann bekamen wir Einladungen von unseren Partnern in der EU. Wir klärten sie über die Verfolgung bestimmter Personen auf, über Verletzungen der Menschenrechte in Russland. Unterm Strich? Wir sahen, dass es sich um ein Gespräch zwischen einem Blinden und einem Taubstummen handelte. Ein Gespräch nur um „zur Pflichterfüllung“: Wir trafen uns, wir redeten... und vergaßen.

Weil selbst in der EU ein Bürohengst ein Bürohengst ist - er ist kein Ritter in glänzender Rüstung; alles was ihn interessiert ist ein „Fortschrittsbericht“: „Die offizielle Linie der russischen Partei zeigt definitiv Verbesserungen; sie sind bereit einige unserer Kommentare in Betracht zu nehmen...“ Ein „atemberaubender“ Erfolg!

Deshalb ist es Aufgabe der Menschenrechtsaktivisten, den Westen dazu zu bringen, die Mechanismen des internationalen Rechts zu nutzen, um Putins Regierung unter Druck zu

setzen. Es gibt sie. Das Ministerratskomitee des Europarats ist dazu verpflichtet, Russlands Einhaltung mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes zu überwachen. So ist es vorgeschrieben! Aber er tut es nicht.

**Als jemand, der sich seit Jahren mit dem Schutz der Menschenrechte befasst, was, denken Sie, ist der Grund, warum dieses Land, warum seine geliebten Behörden eine Vorliebe zu repressiven, grausamen Regimen haben? Wir haben außer Hexenjägern keine anderen Freunde in der Welt.**

Das ist keine Neigung; das ist eine zynische und gut durchdachte Politik, „ein Plan B“. Falls Putins Regime weiterhin einen Polizeistaat errichtet, falls es weiterhin massive Vergeltungsmaßnahmen gegen die Opposition durchführt, dann wird es sehr wahrscheinlich einem internationalen Boykott entgegenblicken. Für diese Eventualität ist der waghalsige „internationale“ Draufgänger eingerichtet. Er kann jeden an Bord nehmen: Nordkorea, Iran, Zimbabwe, Weißrussland... Die Liste ist offen.





## **Für Menschenrechte. Weltweit.**

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0 • Fax: 0551 58028 • E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de) • [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

Arbil • Bern • Bozen • Göttingen/Berlin • London • Luxemburg • New York • Pristina • Sarajevo/Srebrenica • Wien